

Bürgerkrieg in Spanien

Eine wirkliche Revo lution

Februar 1936: Arbeiter erstürmen die Kasernen

"Nie wieder Bürgerkrieg", so resümierte Felipe Gonzalez die Haltung der PSOE zum 50. Jahrestag der spanischen Revolution. Mit anderen Worten: heute wie damals hätte sie ihre Energie darauf konzentriert, die Welle revolutionärer Erneuerung zu unterdrücken, und damit den Diktator passieren lassen. Die moskautreuen Kommunisten und mehr noch die Anarchisten betreiben zum gleichen Anlaß Heldenverehrung — ohne ein kritisches Wort darüber, warum der Kampf verloren wurde und welche Rolle sie selbst dabei spielten. Sollten die über eine halbe Million republikanischer Kämpfer und Kämpferinnen für eine schöne Legende gestorben sein?

Uns kommt es darauf an, Lehren aus der spanischen Revolution zu ziehen. Auf den folgenden Seiten diskutieren M. Romero und G. Ferrer, Mitglieder der spanischen Sektion der IV. Internationale, zentrale Fragen: Sollte man sich an der Volksfront beteiligen? War es richtig, die Revolution zurückzustellen und sich auf den Krieg zu konzentrieren? Wir dokumentieren einen Bericht der Trotzkisten von 1937 über die stalinistische Politik. Ein Rahmenartikel liefert den chronologischen Zusammenhang. Es wird das Erwachen eigenständiger Aktivitäten der Frauen dargestellt. Ein Kurzportrait der POUM-Führer Nin und Maurin wird gegeben. zum Thema besprochen.

Angela Klein

APRIL 1931 - FEBRUAR 1936

Die spanische Revolution wurde am 12. April 1931 geboren. Für diesen Tag hatte König Alfons XIII. Kommunalwahlen angesetzt, um verfassungsrechtliche Garantien wiederherzustellen, die seit 1923 unter der Diktatur Primo de Riveras aufgehoben worden waren. Der König setzte auf einen Wahlsieg der monarchistischen Kandidaten – aber zu aller Überraschung trugen in allen großen Städten die Republikaner einen überwältigenden Sieg davon. Der König mußte seine Koffer packen, die spanische Monarchie war erledigt. Eine neue provisorische Regierung wurde gebildet unter der der Führung der beiden konservativen Republikaner Niceto Alcalá Zamora (Regierungschef) und Miguel Maura (Innenminister). Die Sozialistische Partei (PSOE) war mit drei Ministern an der Regierung beteiligt: Largo Caballero (Arbeitsminister), Indalecio Prieto (Finanzminister), Fernando de los Rios (Justizminister). Der linke Republikaner Manuel Azaña wurde Kriegsminister.

Die hohen Erwartungen, die die Arbeiter, das städtische Kleinbürgertum, die Kleinbauern und die Landarbeiter in die republikanische Regierung gesetzt hatten, wurden bald enttäuscht. Von den vielen Millionen Bauern, die nach Land verlangten, erhielten im Verlauf von zwei Jahren ganze 12 000 Landanteile zugewiesen und mußten dafür noch volle Entschädigung an die Großgrundbesitzer zahlen. Azaña unternahm eine Heeresreform, die in der Praxis daraufhinauslief, daß die monarchistischen Offiziere ihre Positionen auabauen konnten. Versuche einer Sozialreform scheiterten an den Folgeerscheinungen der Weltwirtschaftskrise. Die Gesetze digegen die Kirche brachten einen großen Teil der Mittelschichten gegen die Regierung auf, chne die Machtpositionen des Klerus anzutasten. Gegen die Arbeiter und Bauern, deren Unzufriedenheit sich in spontanen Protestaktionen entlud, erließ Azaña ein "Gesetz zum Schutz der Republik" nach dem Vorbild des Weimarer Notverordnungsparagraphen. 1; danach wurden "die Unterbrechung industrieller Aktivitäten oder die Niederlegung von Arbeit jeder Art ohne ausreichende Begründung", "Streiks, die nicht acht Tage zuvor angemeldet sind" oder "nicht mit den Arbeitsbedingungen zusammenhängen und denen kein Schlichtungsverfahren vorangegangen ist" als "Akt der Aggression gegen die Republik" definiert. Der Innenminister hatte grenzenlose Vollmacht, an Streiks Beteiligte zu ahnden; die Guardia Civil wurde nicht nur nicht aufgelöst, ihr wurde noch eine neue, republikanische Polizeitruppe an die Seite gestellt, die Sturmgarde (Guardia de Asalto). Höhepunkt der republikanischen Verfolgung der Arbeiter war die Niederschlagung einer Erhebung andalusischer Bauern in casas Vieja im Januar 1933 unter der Führung von Anarchisten; an dem anschließenden Massaker waren Guardia Civil und Guardia de Asalto gleichermaßen beteiligt.

Die Politik der Regierung Azaña² verschafften den Rechten Raum, ihre Kräfte neu zu organisieren. Während ein Teil der Monarchisten sich der Revocacion Española unter Führung von José Calvo Sotelo anschloß, ein anderer der Comunión Tradicionalista, die sich zur Tradition einer anderen Herrscherlinie bekannte (Karlisten) und eine beachtliche Massenbasis unter den Kleinbauern von Navarra genoß, gründete Gil Robles die CE-DA, ein Zusammenschluß der Partei der katholischen Kirche, Acción Popular, mit anderen Rechtsgruppen. Als die Regierung Azaña im Sommer 1933 zurücktrat und Neuwahlen ausgeschrieben wurden, schloß die CEDA ein Wahlbündnis mit den Monarchisten. Die massive Wahlenthaltung unter den Anhängern der Republik verschaffte der Rechtskoalition bei den Cortes-Wahlen im November 1933 eine deftige Mehrheit. In den kommenden beiden Jahren, die sich Republikanern und Sozialisten als schwarze Jahre einprägten (Bienio negro), wurden die Anfänge der Agrarreform rückgängig gemacht, die Löhne gesenkt und den Generälen freie Hand für die Vorbereitung eines Staatsstreichs gegen die Republik gelassen, falls die neue Regierung keinen Erfolg haben sollte.

Im Februar 1934 gründete sich auch die falangistische Bewegung (JONS, Juntas de Ofensiva Nacional Sindicalista), die die faschistische und nationalsozialistische Bewegung zum Vorbild hatte. Bis zu den Februarwahlen 1936 blieb sie jedoch einflußlos.

Angesichts der zunehmenden reaktionären Offensive wächst in der Arbeiterklasse, die frustriert, aber nicht geschlagen ist, das Bedürfnis nach Neuorganisation und Einheitsfrontstrukturen. Von dem Anarchisten Angel Pestaña und dem aus der Kommunistischen Partei (PCE) ausgeschlossenen Joaquin Maurin geht die Initiative zur Bildung der Alianza Obrera aus. Sie können auch den Führer der Gewerkschaft UGT, Largo Caballero, dafür gewinnen, der aus seiner Amtszeit als Arbeitsminister in der ersten republikanischen Regierung die Lehre gezogen hat, daß die Republikaner jeden ernsthaften Versuch einer Reform sabotieren und es daher gilt, auf die Revolution zu setzen. In Asturien schließt sich auch die große anarchistische Gewerkschaft CNT der Allianz an, während sie im übrigen Spanien die Beteiligung an der Einheitsfront ablehnt. Die Möglichkeit der Einheitsfront gibt den Arbeitern neuen Mut. Als der "starke Mann" der CEDA, Gil Robles, im Oktober 1934 verlangt, an der Regierung beteiligt zu werden, bricht in den Bergwerken Asturiens der Aufstand los. Die Arbeiter rufen den Generalstreik aus, schaffen örtliche Komitees, die die Verwaltungsposten besetzen und die Polizei entwaffnen, besorgen sich Waffen und gründen

Die Februarwahlen 1936 *

Stimmenverteilung	1933	1936
Linke	3 200 000	4 800 000
Rechte	3 350 000	4 000 000
Zentrum	1 650 000	450 000
Beteiligung	67,46 %	(+ 500 000) 69 %

* Izquierda Republicana (Republikanische Linke), Vorsitzender Manuel Azaña; Union Republicana (Republikanische Union), eine Abspaltung der kleinbürgerlichen Radikalen Partei, die sich unter Führung von Martinez Barrio den Positionen Azañas annäherte; Esquerra Republicana (Republikanische Linke), Partei des katalanischen Kleinbürgertums, die sich auf die gewerkschaftlich-genossenschaftliche Organisation der bäuerlichen Pächter stützte, Vorsitzender Lluis Companys, 1936 Vorsitzender der Generalitat (katalanisches Parlament) in Barcelona; PNV (Nationale Baskische Partei), wie heute noch Partei des nationalistischen Bürgertums im Baskenland; Lliga, autonomi-

Sitzverteilung		
	1933	1936
Sozialisten	60	99
Izquierda Republicana	7	87
Union Republicana	23	39
Esquerra Republicana	19	36
Kommunisten	1	17
CEDA	115	88
"Junker"	36	11
PNV (Baskenland)	14	10
Lliga (Katalonien)	24	12

stisch orientierte Partei des Großbürgertums in Katalonien. Die beiden letzteren machten gemeinsame Sache mit der grundbesitzenden Oligarchie.

Arbeitermilizen. Der Aufstand bleibt jedoch isoliert, hauptsächlich deswegen, weil die CNT im Rest Spaniens sich weigert, der Einheitsfront beizutreten und den Aufstand zu unterstützen. Er wird blutig niedergeschlagen: 3000 Ermordete, 7000 Verwundete, über 40 000 Gefangene.

Trotz der Niederlage wird der asturische Aufstand jedoch für die spanische Arbeiterklasse zum Auslöser eines revolutionären Gärungsprozesses. Der Versuch, mit eigenen Klassenorganisationen und eigenen Truppen die Staatsmacht an sich zu reißen, wird zu einem Vorbild für die gesamte Arbeiterklasse. Als die Regierungskoalition 1935 zerfällt und Staatspräsident Alcalá

Zamora das Parlament auflöst und für den 16. Februar 1936 Neuwahlen ansetzt, gibt es am Sieg der Linken und der Republikaner keinen Zweifel mehr. Am 15. Februar unterzeichnen die Republikanische Union von Martinez Barrios und die Republikanische Linke Azañas das Volksfrontabkommen mit der Sozialistischen Partei (und damit auch mit der UGT), der Syndikalistischen Partei Angel Pestañas, der Kommunistischen Partei und der POUM (Arbeiterpartei der Marxistischen Einigung). Die Anarchisten der CNT und der FAI geben zum erstenmal ihre übliche Parole »No votad!« (»Wählt nicht!«) auf. Ihre Stimmen geben den entscheidenden Ausschlag für den Sieg der Volksfrontparteien...

Volksfront: Februar 1936

"Das Volk gegen die Revolution impfen"

Miguel Romero

In der Zeit unmittelbar vor der Herausbildung der Volksfront standen für die Linke Aufgaben mit defensivem Charakter im Vordergrund: die 30 000 Gefangenen mußten befreit, der Aufstieg der Reaktion gebremst, die politischen und sozialen Folgen der zwei schwarzen Jahre der Reaktion überwunden werden. Der Oktoberaufstand in Asturien war zwar geschlagen worden, im Volk aber erhielten sich die Kraft und der Wille zum Kampf. Unter diesen Umständen ist es begreiflich, daß versucht wurde, diese Ziele auf anderen Wegen als dem des Aufstands zu erreichen. Da es weiterhin ein parlamentarisches Regime gab, ist es natürlich, daß die Wahlen in den Erwartungen und Illusionen der Massen eine zentrale Rolle spielten.

Die Linke war auf diese neue Situation politisch sehr schlecht vorbereitet. Der schlimmste Fehler, der alle übrigen erklärt, war die Auflösung der Alianzas Obreras sofort nach dem Oktoberaufstand auf Geheiß von Largo Caballero und der sozialistischen Linken. Es gab jetzt keine Einheitsstruktur mehr, die eine politische Alternative der Arbeiterklasse zum Ausdruck hätte bringen und die Massenbewegung hätte führen können. Ohne dieses Instrument ließ sich keine Bündnispolitik mit der republikanischen und nationalistischen Linken verwirklichen, in der das Proletariat die Hegemonie hätte erobern können. Es gab also ein regelrechtes politisches Vakuum. Seine Existenz erklärt eines der unglaublichsten und unseligsten Ereignisse der II. Republik: die Exhumierung des politischen Leichnams namens Azaña, des Verantwortlichen für die katastrophale Politik der ersten beiden Jahre. Azaña war der eigentliche politische Kopf der Operation, die in den Wahlsieg vom Februar 1936 mündete.

Azañas politisches Projekt war einfach und klar, "die spanische Gesellschaft mit dem sozialen Reformismus (zu) impfen, der sie von den Blattern befreien soll". (Die Blattern waren im Sprachgebrauch Azañas nicht die Faschisten, sondern die Revolution.) Das Mittel, dieses Ziel zu erreichen, sollte ein Wahlsieg sein, und dazu brauchte es eine Linkskoalition, innerhalb derer den Republikanern so aussichtsreiche Plätze auf den Wahllisten angeboten würden, daß sie "die Macht in voller Würde und Bewegungsfreiheit übernehmen" könnten. Die Volksfront entsprach diesem Projekt von A bis Z.

Das Abkommen der Volksfront

In ihrem Wahlprogramm schlug sich das in zweifacher Weise nieder. Die Republikaner legten ein Veto gegen zentrale Forderungen ein, die damals aktuell waren, von den offiziellen Vertretern der Arbeiterklasse aber nur mit geringer Überzeugungskraft verteidigt wurden:

Nationalisierung von Grund und Boden und der Banken, Auflösung der Guardia Civil. Und sie verlangten, daß die Regierung von "den linksrepublikanischen Parteien, gestützt auf die Arbeiter" gestellt würde. Azaña machte nicht die geringste Konzession. Mehr noch, die Arbeiterparteien schenkten ihm eine genügend große Zahl an Listenplätzen, damit er seinen Führungsanspruch rechtfertigen konnte. (Es wurde vereinbart, daß die Republikaner pro 6000 in den Wahlen von 1933 gewonnene Wähler einen Listenplatz, die PSOE jedoch nur pro 13 000 Wähler einen erhalten sollte.)

Es war mehr als klar, daß der Wahlsieg im Februar eine vorrevolutionäre Situation im engsten Sinne des Wortes einleiten würde. Das Volksfrontbündnis bedeutete, daß dabei den Arbeitern und Volksmassen die Hände gebunden waren.

Der große Betrug

Der Hauptnutznießer der Volksfront war innerhalb der PSOE Indalecio Prieto, der es wie immer verstand, seinen konsequent sozialdemokratischen Standpunkt brutal und praktisch gegen den wortgewaltigen und inkonsequenten Largo Caballero durchzusetzen. Letzterer wechselte ohne Schwierigkeiten innerhalb weniger Wochen von einer Position der Ablehnung jeglicher Allianz mit den Republikanern und der "bedingungslosen" Verteidigung der "Arbeiterfront" zur Unterstützung der Volksfront mit der Begründung: "Wir werden die bürgerliche Klasse nicht daran hindern, ihre historische Mission zu erfüllen." Der "spanische Lenin" (welch ein Hohn!) hatte aber nicht einkalkuliert, daß in der Situation, in der sich Spanien 1936 befand, die Mehrheit der Bourgeoisie ihre historische Mission darin sah, die Arbeiterbewegung militärisch zu zermalmen und mit ihr das republikanische Regime. Hinzu kam, daß das Programm der Volksfront über gemäßigte Reformen nicht hinausging, die nur mit sehr viel Demagogie als "bürgerlich-demokratische Revolution" bezeichnet werden konnten.

Nur aus der PCE oder der kürzlich gegründeten POUM heraus konnte eine Alternative zu dieser Politik entwickelt werden. Die PCE aber wollte nicht, und die POUM konnte nicht.

Die Politik der PCE ist dabei von besonderem Interesse, da sie rückblickend betrachtet die Volksfront nicht nur von Anfang an verteidigt hat, sondern wesentlich zu ihrer Gründung beigetragen hat. Das spanische Beispiel ist der beste Beweis für die Ziele und die

^[1] Die republikanische Regierung erließ eine neue Verfassung, deren Vorbild die der Weimarer Republik war.

^[2] Manuel Azaña wurde im Oktober 1931 mit der Bildung einer neuen Regierung beauftragt, nachdem die Trennung von Kirche und Staat zur ersten Regierungskrise und zum Rücktritt von Zamora und Maura geführt hatte.

^[3] Siehe Kasten zu POUM und Maurin.

realen Konsequenzen der Linie, die der VII. Kongreß der Komintern 1935 angenommen hat. In den Texten der Komintern und der PCE aus der Zeit, in den Reden von Dimitrow und José Diaz wurde die Volksfront als eine taktische Erweiterung der "Arbeitereinheitsfront" dargestellt. Sie werde von der Arbeiterklasse angeführt, um angesichts der faschistischen Gefahr die Aufgaben der "bürgerlich-demokratischen Revolution" durchzuführen und somit zur sozialistischen Revolution voranzuschreiten ("ohne chinesische Mauer dazwischen", wie Diaz im Wahlkampf 1936 gern wiederholte). Es bedurfte der ganzen Intelligenz und des Verständnisses der sowjetischen Bürokratie und der internationalen Krise eines Trotzki, um hinter diesem theoretischen Nebelschleier die Zielsetzung der internationalen Politik Stalins zu erkennen, der jede KP mit ihrem jeweiligen bürgerlich-demokratischen Regime versöhnen wollte.

Die POUM und die revolutionäre Taktik

Die Haltung der PCE zur Volksfront ist das beste Beispiel dafür. 90 Prozent der Ziele, die sie in ihrem Wahlprogramm vom 10. Februar 1936 aufstellte, wurden durch das Volksfrontabkommen, das sie eine Woche zuvor unterschrieben hatte, über den Haufen geworfen. Auf ihren Wahlversammlungen wiederholte sie die Notwendigkeit einer "proletarischen Führung in der demokratischen Revolution", aber im Vertrag stand schwarz auf weiß geschrieben, daß Azaña und seine Gefolgsleute die Führer waren. Als eine der zentralen Bedingungen für den Erfolg der Volksfront bezeichnete sie die Bildung von Basisorganisationen, aber die Republikaner und Sozialisten wollten davon nichts wissen, und die PCE unternahm nicht den geringsten Schritt, um sie aufzubauen.

Letztendlich hat die PCE den Menschen eine rot eingefärbte Volksfront verkauft, die es nicht gab, und hat damit verschleiert, daß sie die wirkliche Volksfront, die von bürgerlichen Politikern geführt wurde und die damit das Volk gegen den Vormarsch der Revolution "impfen" wollten, bedingungslos unterstützte. Von Februar an beteiligte sich die PCE an dieser Aufgabe und zwar zu jedwedem Preis. Die Beteiligung der POUM an der Volksfront hat unter den Trotzkisten eine berühmte Polemik ausgelöst, die häufig von unnötigen Beschimpfungen und dem mangelhaften Bemühen begleitet war, eine revolutionäre Partei zu verstehen, die bereits wenige Monate nach ihrer Gründung mit äußerst schwierigen Problemen konfrontiert wurde. Gleichgültig ob man die von der Januarsitzung des Zentralkomitees der POUM 1936 beschlossene Taktik, an der Volksfront teilzunehmen, für richtig hält oder nicht, fest steht, daß kein vernünftiger Mensch behaupten kann, hierbei sei es um Verrat oder Nichtverrat an der Revolution gegangen. Worum es hier ging, war die Frage, welche Taktik die größtmögliche Ausweitung und Stärkung der POUM ermöglichen würde. Von diesem Gesichtspunkt aus gesehen hat man sich mit den drei Begründungen auseinanderzusetzen, die die POUM selbst zur Rechtfertigung ihrer Entscheidungen gegeben hat.

Die erste war der sehr starke Druck zur Einheit, der sich in der Unterstützung für die Volksfront niederschlug. Dies war ein gewichtiges Argument, wenngleich es nicht ausreicht, eine solche Entscheidung zu rechtfertigen.

Die zweite war die, der Pakt sei ein "technisches" Übereinkommen, das keine politischen Kompromisse fordere. Dies war ein sehr schwaches Argument, denn der Pakt beinhaltete die Unterstützung der republikanischen Regierung und ihres Programms, zumindest in der ersten Zeit. (Maurin hat das auch bewiesen, indem er im Parlament der Regierung Azaña sein Vertrauen aussprach.)

Die dritte Begründung war die, die Beteiligung an der Volksfront und vor allem die "Eroberung von Parlamentsposten" seien notwendig für den Aufbau der POUM. Juan Andrade und Enrique Rodriguez⁷ haben angeführt, daß die Versammlungen der POUM während des Wahlkampfs auf erheblich größeres Echo stießen als zuvor. Ohne die Vorteile verschmähen zu wollen, die auf diesem Gebiet zu erringen waren, muß man doch feststellen, daß die Wahlerfolge äußerst gering waren: von den 343 Kandidaten im Rahmen der Volksfront schaffte es nur Maurin, in Barcelona gewählt zu werden. Wir wissen nicht, welchen Nutzen die POUM aus ihrem Abgeordneten für ihre allgemeine Tätigkeit hat ziehen können; im Parlament aber konnte Maurin nur viermal reden, davon zweimal nur sehr kurz — und beim erstenmal ging es um die kritische Unterstützung für Azaña.

Wäre es für den Aufbau der POUM nützlicher gewesen, gegenüber der Volksfront eine Position der völligen politischen Unabhängigkeit

Volksfront

Die republikanischen Parteien Izquierda Republicana, Unión Republicana und die Partido Socialista (zugleich in Vertretung der Unión General de Trabajadores), die Federación Nacional de Juventudes Socialistas, die Partido Obrero de Unificación Marxista, die Partido Comunista und die Partido Sindicalista sind, unbeschadet ihrer ideologischen Grundsätze, zum Kompromißeines gemeinsamen politischen Planes gelangt, der als Grundlage und zum Banner des Zusammenschlusses ihrer Kräfte im bevorstehenden Wahlkampf und als Richtlinie für die Regierung dienen soll, die die republikanischen Linksparteien mit Unterstützung der Kräfte der Arbeiter im Falle des Sieges durchzuführen haben werden. [...]

I. Als unabdingbare Voraussetzung des öffentlichen Friedens betrachten die verbündèten Parteien:

1. Auf gesetzlichem Wege eine umfassende Amnestie für politische und soziale Straftaten zu gewähren, die seit November 1933 begangen wurden, auch wenn sie von den Gerichten nicht als solche betrachtet worden sein sollten. [...]

I

II. Als Hauptaufgabe des republikanischen und verfassungsmäßigen Regimes zur Verteidigung der Freiheit und der Gerechtigkeit betrachten die verbündeten Parteien:

1. Die Wiederherstellung der Verfassung. Die begangenen Übertretungen des Staatsgrundgesetzes werden geahndet werden. Das Grundgesetz des Verfassungsgerichtshofes wird einer Reform unterworfen, um zu verhindern, daß die Verteidigung der Verfassung Leuten anvertraut werde, die in einer Überzeugung in Interessensphären aufgewachsen sind, die dem Wohl des Regimes widersprechen.

2. [...] Man wird durch die Cortes zur Reform der Geschäftsordnung übergehen, indem man den Aufbau und die Funktionen der Parlamentskommissionen abändern wird, die mit Hilfe der ihnen angeschlossenen technischen Organe die Formulierung der Gesetze vorzugehmen behan werden.

ze vorzunehmen haben werden.

3. Der Grundsatz der Autorität wird mit allem Nachdruck verkündet, doch wird seine Ausübung ohne Schädigung der Freiheit und Gerechtigkeit vorgesehen. [...]

4. Es wird ein Justizwesen organisiert werden, frei von den alten Triebkräften sozialer Hierarchie, wirtschaftlicher Privilegien und politischer Stellung. Das reorganisierte Justizwesen wird mit

jenen Bedingungen der Unabhängigkeit ausgestattet werden, die in der Verfassung in Aussicht gestellt sind. [...]

III

III. Die Republikaner nehmen den Grundsatz der Nationalisierung des Bodens und seiner unentgeltlichen Übergabe an die Bauern, wie dies von den Delegierten der Sozialistischen Partei gefordert wird, nicht an. Sie halten nachstehende Maßnahmen, in denen der Loskauf des Bauern und des mittleren und kleineren Landmannes vorgeschlagen wird, für angemessen, nicht bloß als ein Werk der Gerechtigkeit, sondern auch als festeste Grundlage des wirtschaftlichen Neuaufbaus des Landes:

1. Als Mittel unmittelbarer Hilfeleistung an den Landmann: Herabsetzung von Steuern und Abgaben. Unterdrückung des Wuchers. Herabsetzung der übertriebenen Pachtgebühren. Verstärkung des landwirtschaftlichen Kredits. Aufwertung der Bodenprodukte, besonders des Weizens und der übrigen Körnerfrüchte, durch Maßnahmen zur Ausschaltung des Maklers und zur Vermeidung geheimer Vereinbarungen der Mehlhändler. Förderung des Ausfuhrhandels mit landwirtschaftlichen Produkten.
2. Als Mittel zur Verbesserung der Produktionsverhältnisse in

2. Als Mittel zur Verbesserung der Produktionsverhältnisse in der Landwirtschaft: Es werden landwirtschaftliche Lehrgänge eingerichtet und staatliche, technische Hilfe beschafft. [...]

einzunehmen und von außen zu ihrer Wahl aufzurufen, wie das ein großer Teil der CNT getan hat? Wir wissen es nicht. Was wir wissen, ist, daß die Teilnahme der POUM an der Volksfront eine Frage der Taktik war — mit Sicherheit eine wichtige Frage, aber nicht eine, die den weiteren Verlauf der Auseinandersetzungen entscheidend beeinflußt hätte.

Programm

3. Als Mittel der Bodenreform: Sofortige Aufhebung des bestehenden Gesetzes über die Pachtverträge. Überprüfung der vorgenommenen Kündigungen. Festigung des Besitzrechtes der alten und kleinen Pächter. [...] ...die Möglichkeit, den Boden zu erwerben, der eine gewisse Zeitlang bearbeitet wurde. [...]

IV

IV. Unsere Industrie wird sich aus der Depression, in der sie sich befindet, nur dann erheben können, wenn sie dazu übergeht, das gesamte System des staatlichen Schutzes nach dem strengen Grundsatz einer koordinierten Unterordnung unter die Interessen der Wirtschaft zu organisieren. Es ist daher erforderlich:

1. Ein Gesetz..., das die Grundlagen der der Industrie gewährten Schutzmaßnahmen festlegt, einschließlich der Zolltarife, der Steuerbefreiung, Methoden der Koordinierung, Regelung von Märkten... Förderung der finanziellen Sanierung der Industrie...

V

V. Die Republikaner betrachten die öffentlichen Arbeiten nicht nur als die üblichen Dienste des Staates oder als eine bloße zufällige und unvollkommene Methode zur Bekämpfung der Erwerbslosigkeit, sondern als ein machtvolles Mittel zur Hinlenkung der Sparanlagen auf ausgiebige Quellen von Reichtum und Fortschritt, die von der Initiative der Unternehmer vernachlässigt wurden.

1. Es werden große Pläne für die Errichtung von städtischen und ländlichen Wohnungen, Genossenschafts- und Gemeindebetrieben, Häfen, Verkehrswegen, Bewässerungsarbeiten und Umgestaltung des Bodens durchgeführt. [...]

Die Republikaner lehnen die von den Vertretern der Arbeiter geforderte Erwerbslosenunterstützung ab. Sie meinen, daß die [oben genannten] Maßnahmen... nicht nur ihren eigenen Zweck zu erfüllen haben werden, sondern auch die wesentliche Aufgabe, die Erwerbslosigkeit aufzusaugen.

VI

VI. [...] Die republikanischen Parteien nehmen die von den Arbeiterparteien vorgeschlagenen Maßnahmen der Nationalisierung des Bankwesens nicht an. Sie wissen jedoch, daß unser Bankensystem einer gewissen Vervollkommnung bedarf, wenn es die Aufgabe erfüllen soll, die ihm beim wirtschaftlichen Neuaufbau Spaniens zugedacht ist. [...]

VII

VII. Nach Auffassung der republikanischen Parteien kann sich die Republik nicht von sozialen oder wirtschaftlichen Klassentriebkräften leiten lassen, sondern muß ein Regime demokratischer Freiheit sein, beseelt vom öffentlichen Interesse und dem sozialen Fortschritt. Aber gerade aus diesem entscheidenden Grunde ist es die Pflicht der republikanischen Politik, die moralischen und materiellen Verhältnisse der Werktätigen... zu heben. [...] Die republikanischen Parteien nehmen die von der Vertretung der Sozialistischen Partei geforderte Arbeiterkontrolle nicht an. Sie stimmen zu:

2. Der Reorganisierung der Arbeitsgesetzgebung unter Verhältnissen der Unabhängigkeit, damit nicht nur die Interessierten der Unparteilichkeit ihrer Entscheidungen bewußt werden...

3. [...] ...müssen Mindestlöhne festgelegt werden, um jedem Werktätigen ein menschenwürdiges Dasein zu sichern... [...]

Madrid, 15. Januar 1936 Deutsche Übersetzung durch das Komintern-Organ Rundschau von 1938. In ihr fehlte bezeichnenderweise am Anfang die Auflistung der teilnehmenden Parteien.

[4] Der VII. Weltkongreß der Komintern hatte im Juli und August 1935 die Einheitsfront- und Volksfrontpolitik zur offiziellen Linie der Komintern erklärt. Georgi Dimittrow, der Architekt der neuen Linie, erklärte in seinem Hauptreferat: "(Wir müssen) auf der ganzen Linie aufräumen... mit der in unserer Praxis nicht selten vorkommenden Ignoranz, Geringschätzung der verschiedenen Organisationen und Parteien der Bauernschaft, der Handwerker und Massen des städtischen Kleinbürgertums..."



"Arbeiter! Arbeite, dann werden wir siegen!" PCE und PSOE rufen zu Ordnung und zur Stärkung des Staates auf.

FEBRUAR 1936 - JULI 1936

...Die Haupterwartung, die die Massen an die republikanische Regierung richten, ist die Freilassung der 30 000 asturischen Gefangenen. Sie warten jedoch nicht auf die Amnestie, die am 22. Februar ausgesprochen wird, sondern ziehen in allen spanischen Großstädten in riesigen Demonstrationszügen vor die Gefängnistore und befreien die Gefangenen. Zwar geht das Regierungsprogramm Azañas nicht über das Volksfrontabkommen hinaus. doch das Volk kümmert sich wenig darum und ergreift von Anfang an eigene Initiativen. Streiks werden organisiert für die sofortige Wiedereinstellung früher entlassener Arbeiter, für die Lohnnachzahlung an die gefangenen Arbeiter, für höhere Löhne und bessere Arbeitsbedingungen. Auf dem Land besetzen die armen Bauern spontan den Grundbesitz. Die örtlichen Auseinandersetzungen mit der Polizei nehmen zu. Die Falangisten organisieren den Terror: sie unternehmen Attentate auf sozialistische Ageordnete, Richter, selbst auf Largo Caballero. Dieser formuliert, an der Spitze der Sozialistischen Jugend, ein revolutionäres Programm: für eine Arbeiterregierung, für eine rote Armee, für die Einheit der Gewerkschaften, für die Einheit von Sozialisten und Kommunisten, für die Umgestaltung Spaniens in eine "Konföderation der iberischen Völker" und für die Anerkennung des Selbstbestimmungsrechts der Völker einschließlich Marokkos. Doch bleibt dies, ebenso wie bei CNT und FAI, revolutionäre Phrase. Keine der beiden Kräfte formuliert die nächsten Aufgaben und Ziele, die die Massenbewegung vereinheitlichen könnten. Keine bereitet sie auf den bevorstehenden Putsch der Generäle vor, über den es doch genügend Gerüchte und Informationen gibt...

[5] José Diaz war von 1932 an Vorsitzender der PCE.

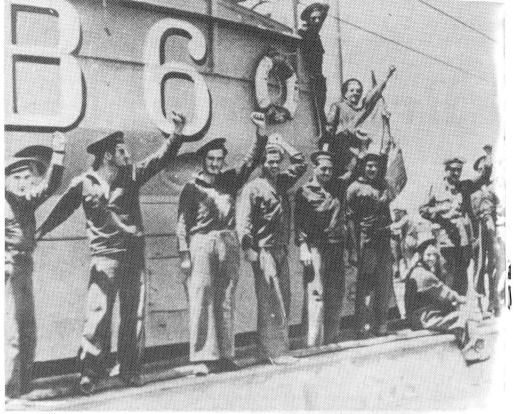
[6] Die POUM wurde auf Veranlassung der PCE im Dezember 1936 aus der katalanischen Regierung entfernt.

[7] Juan Andrade und Enrique Rodriguez waren führende Mitglieder der POUM und früher Mitbegründer der PCE gewesen.

[8] Lluis Companys war Vorsitzender der Esquerra Republicana.

Juli 1936

Die Macht lag auf der Straße



Die Flotte machte den Putsch nicht mit; Matrosen haben die Offiziere abgesetzt

G. Ferrer

In Katalonien trat diese Situation am deutlichsten zutage. Auf der einen Seite stand das Zentralkomitee der Antifaschistischen Milizen; es wurde gebildet von Vertretern von Organisationen, die sich beteiligt hatten am Widerstand gegen den Putschversuch; auf der anderen Seite stand die Generalitat, deren Vorsitzender Lluis Companys⁸ war; er mußte anerkennen, daß es die CNT war, die in den Fabriken und auf der Straße die Machtausübte. In Valencia, Asturien und Aragon passierte etwas ähnliches. In Euskadi versuchte die PNV mittels der von ihr gebildeten Verteidigungsjuntas einen ähnlichen Prozeß zu verhindern.

In wenigen Wochen überstürzen sich an vielen Orten die wirtschaftlichen und sozialen Umwälzungen. In der Industrie werden die Fabriken teilweise von den Gewerkschaften beschlagnahmt, teilweise werden sie unter die gemeinsame Kontrolle von Vertretern der Arbeiter und der Regierung gestellt. In Madrid unterstehen 30 % der Fabriken einer solchen Kontrolle, in Katalonien 70 %, in Valencia 50 %, in Asturien fast die ganze Industrie und außerdem der Handel. In Barcelona nimmt der Prozeß der Vergesellschaftung riesige Ausmaße an. Der öffentliche Transport, Gas und Elektrizität, Telephon, Presse, Theater und die Mehrzahl der Betriebe befinden sich in den Händen der Arbeiter. Auf dem Land ist der Prozess der Landbesetzungen und Kollektivierungen sehr komplex. Ein großer Teil von Andalusien und Estremadura ist in den Händen der faschistischen Generale geblieben. In anderen Regionen gibt es Besonderheiten, die nicht immer von den Anarchisten berücksichtigt werden, vor allem in Aragon. Dort wollen sie eine Kollektivierung des Grund und Bodens durchsetzen, ohne auf die Bedürfnisse der Kleinbauern Rücksicht zu nehmen. Einer der besten Geschichtsschreiber über diese Zeit, Burnet Bolloton, beschreibt die Merkmale dieser Revolution folgendermaßen:

"In den Städten und Dörfern zerfiel der Staat nach und nach in dem Maße, wie die rebellischen Garnisonen sich mit der aufständischen Bewegung verbündeten oder von den bewaffneten Arbeitern und den regierungstreuen Truppen besiegt wurden... Die Kontrolle der Häfen und Grenzen, ein zentrales Element staatlicher Macht, die zuvor von den Zollbeamten ausgeübt wurde, ging jetzt in die Hand der Arbeiterkomitees und lokaler Strukturen über, die unter Kontrolle der Gewerkschaften und der Linksparteien standen... Die Funktionen der Gemeindeverwaltungen und anderer lokaler Regierungsorgane wurden ebenfalls von den Komitees wahrgenommen, die sich auf die sozialistischen und anarchistischen Gewerkschaften stützten... Die großen Ländereien wurden besetzt, einige kollekti-

viert, andere unter den Bauern aufgeteilt; in zahllosen Städten und Dörfern wurden die Archive der Grundstücks- und Katasterämter in Brand gesteckt..." (*La revolución española*, Barcelona 1980).

Der revolutionäre Prozeß stieß jedoch sehr schnell auf zwei wesentliche Hindernisse: zum einen den Beginn des Bürgerkriegs, weil die Erhebung der Offiziere in einigen Regionen der Halbinsel, auf den Balearen (außer Menorca) und den Kanaren erfolgreich gewesen war; zum anderen die Tatsache, daß die großen Banken, Kredit- und Außenhandelsinstitute von der Welle der Vergesellschaftung verschont geblieben waren.

Krieg und Revolution

Die Reaktion der Arbeiter und der Volksmassen auf den versuchten Militärputsch vom 17. Juli 1936 ist als der Beginn einer sozialen Revolution in die Geschichte eingegangen, die, wie Andreu Nin bemerkte, viel tiefer und machtvoller war als alle Revolutionen, die es bislang gegeben hatte — selbst als die russische Revolution.

Der Plan der Generäle bestand aus drei Punkten. Erstens der massiven Verschiffung der in Marokko ausgehobenen Truppen nach Spanien. Zweitens dort die Herstellung der Verbindung mit aufständischen Vierteln in den Städten und deren Besetzung. Drittens sollten parallel dazu falangistische Truppen, die entsprechend zu bewaffnen waren, Gewerkschaftsbüros besetzen, ihre Führer festnehmen und die Arbeiterorganisationen auflösen.

Dieser Plan scheiterte aus zwei Gründen. Ein Grund war ein technischer, obwohl er eindeutig soziale und politische Wurzeln hatte. Das Gros der Marine rebellierte gegen das Kommando, bemächtigte sich der Schiffe und nahm Kurs auf die marokkanische Küste, um den Truppen aus Marokko den Weg zu versperren. Der andere, wichtigere Grund lag in der prompten Reaktion der großen Arbeiterorganisationen: Ausrufung des Generalstreiks und Bildung von Milizen.

Unterdessen versucht die republikanische Regierung, deren Premierminister der Linksrepublikaner Casares Quiroga ist, die Bedeutung des Militärputschs herunterzuspielen und gibt sich sogar dem Anschein hin, er habe gar nicht stattgefunden. Quiroga muß gehen. Ihm folgt Martinez Barrio, der sich nicht scheut, mit den Militärs über deren Regierungsbeteiligung zu verhandeln und dem Putschgeneral Mola sogar den Posten des Kriegsministers anzubieten... Alles umsonst: eine neue Regierung, diesmal unter Führung von José Giral, ebenfalls Republikaner, muß endlich der Tatsache ins Auge sehen, daß der Staatsstreich sich gegen die Regierung richtet und die Arbeiterorganisationen sich auf der Straße bewaffnen.

Die Speerspitze des Widerstands ist Katalonien, vorallem Barcelo-

na. Von Anfang an haben die CNT und die POUM hier zusammen Aufsichtskommandos gebildet, die vor die Garnisonen ziehen, sich dort der Waffen bemächtigen und den Putsch niederschlagen. Andernorts, in Madrid, Valencia, Euskadi, kommt die Antwort ebenfalls prompt. Nicht so in den Gebieten, wo die Führer der Arbeiterorganisationen Vertrauen in die "loyalen" Offizieren geschürt haben und die Arbeiter somit unbewaffnet waren, als die Offiziere ankündigten, sie würden sich dem Putsch anschließen.

Am 19. Juli war somit eine neue Situation entstanden. Die Militärs wollten putschen, um die Revolution zu verhindern; diese ist aber mit aller Wucht in den Gebieten ausgebrochen, in denen die Arbeiterorganisationen gesiegt hatten. Im republikanisch beherrschten Teil Spaniens kam es so zu einer regelrechten Doppelherrschaft: auf der einen Seite stand die Regierung, ohnmächtig und ohne Autorität; auf der anderen Seite verschiedenen Strukturen, die sich um Aufgaben herum gebildet hatten, die der alte Staatsapparat nicht mehr durchführen konnte.

Zwei Wege standen nun offen: der eine war der, die wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Aktivitäten auf der Grundlage der neuen Macht, die sich in den Fabriken und auf der Straße gebildet hatte, zu koordinieren und zu zentralisieren, sie zu vertiefen und in den Dienst des militärischen Kampfs zustellen; der andere war der, den Kampf an der Front zum obersten Ziel zu erklären und diesem ebenso wie dem Wiederaufbau des alten Staatsapparats die gesellschaftlichen Errungenschaften im Hinterland zu opfern. "Krieg und Revolution" oder "Erst den Krieg gewinnen" — das waren die beiden Optionen, an denen sich die Kräfte im republikanischen Lager spalteten.

Der erste Weg wurde enthusiastisch von der anarchistischen Bewegung, den Linkssozialisten, der linken UGT und den Anhängern der POUM verteidigt. Den zweiten Weg verfolgten die kleinen republikanischen Grüppchen, der Prieto-Flügel in der PSOE und die PCE-PSUC. Der erste Weg wurde von der großen Mehrheit der Arbeiterklasse unterstützt. Der zweite von den Mittelschichten, die teils von den anarchistischen Exzessen erschreckt, teils daran interessiert waren, einen Kampf zu führen, der vor allem und um jeden Preis das "Verständnis" der westlichen Demokratien erringen sollte.

Das gesellschaftliche Kräfteverhältnis war somit günstig für die revolutionäre Strategie. Nicht so die Politik: zum einen weil die CNT Companys an der Spitze der Generalitat beließ und damit praktisch der Auflösung des Zentralkomitees der Antifaschistischen Milizen zusah; zum anderen weil Largo Caballero in den ersten Septembertagen 1936 sich bereit erklärte, eine Regierung zu bilden, und die Doppelherrschaft, die am 19. Juli entstanden war, wie der Kampf immer mehr auf die militärische Auseinandersetzung mit den Faschisten verengt wurde, sich immer mehr auflöste.

Eine starke Regierung?

Die Regierung Largo Caballero, in der die republikanischen Gruppen und die PCE (mit zwei Ministern) überrepräsentiert waren, war ohne Zweifel die Kraft, die in erster Linie verhindert hat, daß sich die Machtbalance entscheidend zugunsten der Revolutionäre neigte. Sie unternahm keine Anstrengungen, alle Errungenschaften des Juli zu legalisieren, sie nahm nicht einmal ansatzweise die Lösung der Kolonialfrage in Marokko in Angriff, sie suchte nicht die Zusammenarbeit mit den Vertretungsorganen der Arbeiter und des Volkes. Statt dessen beschloß sie in den ersten Dezembertagen von 1936, das im Februar gewählte Parlament einzuberufen, in dem die Rechte offen auf den Putsch hingearbeitet hatte. Ebenso begann sie, die Milizen aufzulösen und eine neue Armee nach traditionellem Muster zu

Dennoch war die Kraft der Revolution noch groß. Die Verteidigung Madrids war der beste Beweis dafür. Von Oktober 1936 an beteiligte sich die gesamte Bevölkerung Madrids massiv am Kampf und erreichte auch die internationale Solidarität durch die Internationalen Brigaden trotz der "Nichtintervention", die die westlichen Demokratien angesichts des Kriegsgeschreis von Hitler und Mussolini beschlossen hatten. Es war die Entwicklung der PCE-PSUC zu einer hegemonialen Kraft innerhalb des gemäßigten Lagers, die die Entwicklung der Ereignisse am besten widerspiegelte. Sie erklärt sich durch verschiedene Faktoren: die Anziehungskraft, die die UdSSR damals ausübte, und die materielle Hilfe, die sie, obwohl sie beschränkt war, der Republik zukommen ließ; ihr Image als eine "Partei der Ordnung" im Gegensatz zu den Anarchisten und "POUMisten", das ihr Sympathie verschaffte; die Orientierungskrise, die sich vor allem unter den Linkssozialisten und den Anarchisten breitmachte und letztere dazu führte, sich an der zweiten Regierung von Largo Caballero im November 1937 zu beteiligen. Der Eintritt anarchistischer Führer in die Regierung, der nicht ohne starke Spannungen in der CNT und der FAI abging, machte deutlich, daß selbst in diese

Andreu Nin (1892 - 1937)



Andreu Nin entstammt einer Bauernfamilie aus Vendrell bei Tarragona. Seine erste Begegnung mit der Revolution ist die Erhebung der katalanischen Arbeiterklasse in der Semana Tragica (Tragische Woche) im Juli 1909. Nin studiert vor dem Ersten Weltkrieg die Rechte, ist in der republikani-Studentenbewegung und in den Arbeiterbildungszentren aktiv.

1913 bis 1915 organisiert er in der PSOE in Barcelona Debatten über die nationale Frage und hält Vorträge darüber. Bei Ausbruch des Krieges tritt er für einen aktiven Neutralismus und für das Selbstbestimmungsrecht der Völker in Europa

und erringt Führungspositionen in ihr. Er bleibt Mitglied bis

Oktoberrevolution und tritt innerhalb der CNT für den lich im Frühling 1987 erscheinen.

Anschluß an die Komintern ein. Er kommt im Sommer 1921 zusammen mit Joaquim Maurin als Delegierter der CNT nach Moskau, tritt dort in die KPdSU ein, wird Abgeordneter im Moskauer Sowjet und unterstützt die Gründung der PCE. Er wird in das Exekutivbüro der Roten Gewerkschaftsinternationale aufgenommen, wo er als rechte Hand ihres Sekretärs Losowski arbeitet.

1924 kommt er nach Italien. Dort lernt er Gramsci kennen und studiert den Aufschwung des Faschismus. In den späten 20er Jahren, als in der KPdSU der Kampf gegen den Aufstieg der stalinistischen Diktatur tobt, tritt er der vereinigten Linksopposition bei, deren Plattform er ins Spanische übersetzt und einleitet. Andreu Nin ist der erste spanische Marxist, der eine Analyse des Stalinismus vorlegt.

1931, nach dem Sturz der Diktatur Primo de Riveras, kehrt Nin nach Spanien zurück. Er schließt sich der spanischen Sektion der Internationalen Linksopposition um Trotzki an, die sich 1932 zur Izquierda Comunista (Kommunistische Linke) umbildet, überwirft sich aber mit dieser wegen Meinungsverschiedenheiten über den richtigen Weg zum Aufbau einer revolutionären Partei. Während Nin 1934 auf die Vereinigung mit dem Bloque Obrero y Campesino (BOC, Arbeiter-und Bauernblock, "rechte" Opposition der PCE) um Maurin zusteuert, orientiert Trotzki auf einen Eintritt der IC in die Sozialistische Jugend Kataloniens. Aus der Vereinigung der IC mit dem BOC ging im September 1935 die POUM hervor. Der definitive Bruch der POUM mit Trotzki erfolgte im Juli Im August 1917 bricht in ganz Spanien ein Generalstreik 1936, als Nin als Justizminister in die Volksfrontregierung unter der Führung der CNT aus. Nin schließt sich der CNT an Kataloniens eintritt. Im Juni 1937 wird Nin von den Schergen des russischen Geheimdienstes NKWD entführt und ermor-

Von Anfang an begrüßt er begeistert den Ausbruch der Eine Auswahl aus seinen Schriften wird im isp-Verlag voraussicht-

Strömung die falsche These von der Notwendigkeit einer "starken Regierung" eingedrungen war, gestützt auf die Argumente der am meisten gemäßigten Kräfte im republikanischen Lager.

Als dieser Schritt einmal vollzogen war und die Anhänger der Einheit von Krieg und Revolution gespalten und geschwächt waren, war der weitere Verlauf vorgezeichnet. Die Nagelprobe kam im Mai 1937, als die letzten revolutionären Errungenschaften vom Juli 1936 beseitigt werden sollten. Versuche, das Bündnis CNT - POUM wiederaufzubauen, um diesen Prozeß aufzuhalten, blieben erfolglos, weil der Krieg nun vollends in rein militärischen Termini gehandhabt wurde, was letztlich den Faschisten zugutekam.

aus Combate, 19. Juli 1986

JULI 1936 - MAI 1937

...Keine der Arbeiterorganisationen macht in den Julitagen konkrete Anstrengungen, die neu entstandenen Organe der Doppelherrschaft zu Strukturen eines neuen, "sowjetischen", proletarischen Staates auszubauen. Derrechte Flügel der Sozialisten um Prieto und die Kommunisten lehnen die Perspektive einer sozialistischen Republik rundheraus ab. Die Anarchisten und Anarchosyndikalisten weigern sich, einen Kampf um die Macht zu führen, da sie mit dieser nichts anzufangen wissen und er auch gegen ihre Grundsätze wäre. Für die POUM, deren wichtigster Führer jetzt Andreu Nin ist, nachdem Maurin den Faschisten in die Hände fiel, erklärt Nin, die Diktatur des Proletariats sei nun in Spanien verwirklicht, und die Existenz von Gewerkschaften, Parteien und anderen Organisationen mache Räte überflüssig. Die Revolution macht vor den Toren des Staatsapparats halt.

Umso stärker werden die Folgen des Bürgerkriegs spürbar. Da die Führer der Arbeiterorganisationen sich einigenorts geweigert haben, die Arbeiter zu bewaffnen, konnte der konterrevolutionäre Putsch nicht überall geschlagen werden. Die Generäle kontrollieren ein gutes Drittel des spanischen Territoriums und organisieren von hier aus mit der tatkräftigen Unterstützung Hitlers und Mussolinis den Bürgerkrieg. Anstelle der Straßenschlachten in den Städten müssen jetzt geordnete Kämpfe auf dem freien Feld geführt werden. Dafür sind eine andere Ausbildung, eine andere Disziplin und auch andere Waffen nötig. Die Regierung Giral wendet sich um Hilfe an die neugewählte Volksfrontregierung in Frankreich unter Ministerpräsident Leon Blum, der sie ihm jedoch verweigert. "Nichtintervention" ist die Linie des französischen und britischen Imperialismus, dem sich die Sozialdemokratie beugt. Selbst die Sowjetunion nimmt erst Ende August formale diplomatische Beziehungen zu Spanien und die Lieferung von Waffen auf. Unter diesen Umständen können die Nationalisten militärische Erfolge verzeichnen: Badajoz, Irun, San Sebastian fallen. Franco marschiert auf Madrid

Vor diesem Hintergrund wird verständlich, warum die Losung »Zuerst den Krieg gewinnen!« so leicht verfängt. Die Kommunisten mausern sich in den kommenden Monaten zu der Kraft, die es versteht, diese Losung organisiert und unter Zuhilfenahme von Terror durchzusetzen.

Im September beauftragt Staatspräsident Azaña Largo Caballero mit der Bildung einer Regierung, die sich aus bürgerlichen Republikanern, Sozialisten, Kommunisten und der UGT zusammensetzt; zwei Monate später tritt auch die CNT in die Regierung ein. Deren Programm ist die "Verteidigung Spaniens gegen den Faschismus" und die "Einheit der Kräfte, die für die republikanische Legalität kämpfen". Kurz darauf akzeptieren die revolutionären Kräfte in Katalonien die Auflösung des Zentralkomitees der Antifaschistischen Milizen und beteiligen sich an der Generalitat. Vertreter der CNT werden Minister für Wirtschaft, Ernährung und Gesundheit; selbst Andreu Nin tritt der Regierung als Justizminister bei. Damit werden die Revolutionäre in das Programm der "Normalisierung" eingebunden. Die Generalitat löst alle Komitees auf, die sich Regierungsfunktionen angeeignet haben, und ersetzt sie durch die alten Gemeinderäte.

Die Volksfrontregierung beansprucht das Machtmonopol für sich. Der alte Justizapparat, der in den Julitagen massiv gesäu-

Joaquim Maurin (1896 - 1937)

Die POUM (Partido Obrero de Unificación Marxista) entsteht 1935 aus dem Zusammenschluß der von Andreu Nin geführten Izquierda Comunista (IC) und des (auf katalanisch) Bloc Obrer i Camperol (BOC) von Joaquin Maurin. Ähnlich wie Nin stammt Maurin aus einer armen kleinbürgerlichen Familie, studiert vor dem Ersten Weltkrieg die Rechte, aktiviert sich in der republikanischen Studentenbewegung, lernt die Arbeiterbewegung im Generalstreik von 1917 kennen, tritt der CNT bei und wird 1920 ihr Provinzsekretär in Lerida. Er schließt sich der Komintern an und ist an der Gründung der Roten Gewerkschaftsinternationale mitbeteiligt.

Er kehrt jedoch nach Spanien zurück und baut innerhalb der CNT eine revolutionär-syndikalistische Gruppe auf, deren Organ die Zeitschrift La Batalla ist. Er führt einen ständigen Kampf gegen das diktatorische interne Regime und den abenteuerlichen Gewerkschaftskurs der FAI in der CNT und propagiert in Anlehnung an den III. Weltkongreß der Komintern die Einheitsfrontpolitik. Sein Projekt in der CNT scheitert, doch gelingt es ihm, in kleineren Gewerkschaften in Lerida, Gerona und Tarragona die Hegemonie zu erringen. Dies werden später die Hochburgen von BOC und POUM sein

Maurin ist auch Mitglied des Exekutivkomitees der PCE und baut ab 1924 die Kommunistische Föderation Kataloniens und der Balearen (FCCB) auf. Er widersetzt sich der "Bolschewisierung" der PCE und wird 1931 ausgeschlossen. International orientiert er sich zu diesem Zeitpunkt an der sogenannten rechten Opposition um Bucharin und Brandler. Im Mai 1931 gründet er den BOC, den er zu einer dritten Kraft zwischen der CNT und der PSOE aufbauen will. 1934 ist er der Hauptanimator und theoretische Kopf der Einheitsfrontstruktur Alianza Obrera. Im Juli 1936 fällt er auf den Barrikaden Barcelonas den Faschisten in die Hände, überlebt jedoch wie durch ein Wunder und emigriert 1947 nach New York.

Im Juli 1936 zählt die POUM insgesamt 3000 Mitglieder. Ihre Hauptstützpunkte hat sie in Katalonien. Die POUM versteht sich als Erbin des Gedankenguts Lenins und bekämpft die Volksfrontpolitik der PCE als Politik des Burgfriedens.

bert worden war, wird wieder aufgebaut, die revolutionären Milizen werden der Kontrolle des Innenministeriums unterstellt. Aus alten regierungstreuen Einheiten der Guardia Civil wird eine neue "republikanische Garde" zusammengestellt, die Grenzpolizei wiederaufgebaut. Die Milizen werden nach dem Muster der klassischen bürgerlichen Armee neu organisiert, ein Generalstab und ein Offizierskorps werden geschaffen. Die Soldatenräte werden abgeschafft, Rangabzeichen und die Militärgerichtsbarkeit werden wieder eingeführt — dies alles im Namen des "Aufbaus geordneter Kräfte zur Verteidigung Spaniens gegen die Faschisten". Die Regierung überwacht die Zuteilung an Waffenfür die Milizen. Sie nimmt sich das Recht, in "kriegswichtige Industrien" zu intervenieren, setzt die Entschädigung enteigneter Kapitalisten durch, lehnt das Außenhandelsmonopol ab und kontrolliert die Industrie über die Banken.

Während die Revolutionäre sich so daran beteiligen, die Revolution zu begraben, beginnt die PCE eine Kampagne gegen die "Volksfeinde": "die Faschisten, die Trotzkisten und die Unkontrollierbaren". Sie eröffnet also eine zweite Bürgerkriegsfront

innerhalb des republikanischen Lagers. Sie stellt sich an die Spitze der Auflösung der Doppelherrschaftsorgane. Sie betreibt den Austritt der POUM aus der katalanischen Regierung — mit der Unterstützung der CNT! Sie organisiert "Selbstverteidigungskomitees" für die Händler, die Handwerker, die Kleinindustriellen und die kleinen Grundbesitzer — Schocktruppen gegen die Sozialisierungsbestrebungen des Proletariats und der armen Bauern. Sie verschafft sich ein Kontrollinstrument über die Armee, indem sie massiv die ihr angebotenen Posten von politischen Kommissaren annimmt.

Da sie sich Largo Caballero nicht gefügig machen kann, sucht die PCE nach und nach die offene Konfrontation mit ihm. Das Geschehen an der Front wird immer weniger von der Regierung und immer mehr davon bestimmt, ob die Sowjetunion einzelnen Frontabschnitten Unterstützung gewährt oder nicht. Die entscheidende Kraftprobe findet Anfang Mai 1937 in Barcelona statt. Der Kommissar für die öffentliche Ordnung, ein Mitglied der PSUC, entwaffnet die CNT-Milizen, die in Barcelona die Telekommunikation kontrollieren. Die Milizen eröffnen das Feuer, werden aber von den Führern der CNT und der FAI gedrängt, ihren Widerstand aufzugeben. Nach diesem "Erfolg" fordert die PCE die Auflösung der POUM. Largo Caballero weigert sich und muß gehen. Sein Nachfolger wird der rechte Sozialdemokrat Juan Negrin. Er läutet eine Generaloffensive gegen die POUM, die CNT-FAI und den linkssozialistischen Flügel um Largo Caballero und die letzten Reste der unabhängigen Komitees ein und bereitet damit den Sieg Francos vor.



Im folgenden drucken wir dokumentarisch einen Artikel über die Verdrängung der POUM aus der Generalitat durch die PSUC ab, der im Februar 1937 in der deutschsprachigen Zeitung Unser Wort erschienen ist. Unser Wort war die Zeitschrift der Internationalen Kommunisten Deutschlands, der deutschen Sektion der Internationalen Linksopposition um Trotzki, der Vorläuferorganisation der IV. Internationale, die formell erst 1938 gegründet wurde. Da die deutschen Trotzkisten damals in der Illegalität arbeiten mußten, erschien ihre Zeitung in Paris. Der Autor des Artikels, Abgesandter der IKD in Spanien, hat aktiv an den dortigen Kämpfen teilgenommen.

Seit Beginn der spanischen revolutionären Erhebung bemüht sich die stalinistische Politik, aus Spanien ein zweites China werden zu lassen. Sieht man von nationalen Besonderheiten der beiden Länder ab, so hat sich nichts geändert. Die Grundlinie ist dieselbe: das Proletariat als Hofhund vor den Karren der bürgerlich-demokratischen Revolution zu spannen und die proletarische Revolution zu ersticken.

Zwei wesentliche Tatsachen: die Räte und die Milizarmee, die sich spontan in Spanien bildeten, werden bewußt und mit aller Schärfe von den Stalinisten bekämpft und abgewürgt. Die Räte, die sich in Gestalt der Dorf-, Fabrik- und Milizkomitees gebildet haben, werden durch die Regierung in Valencia in ihren Rechten und Befugnissen beschränkt. Sie sollen laut einem Beschluß der Valencia-Regierung durch "Provinzialräte ersetzt werden. Die neuen Machtorgane, die Organe der Doppelherrschaft der Arbeiter und Bauern, werden langsam, auf "gesetzlichem Weg" entmachtet. Die Begründung ist einfach: die Herstellung einer autoritären Zentralgewalt, militärisches Einheitskommando, Zentralisierung der Wirtschaft. Ernährung und Kriegsindustrie sind nur möglich durch eine "starke Regierung".

Die zahllosen Komitees in ihrer Zersplitterung seien unfähig, diese Aufgaben zu erfüllen. Absichtlich wird von den stalinistischen Demagogen Richtiges mit Falschem vermengt; die Massen dadurch verwirrt und irregeführt. Im Zwielicht der Unsicherheit vermögen die Massen nicht mehr genau zu erkennen, welches trübe Spiel mit ihnen gespielt wird. Die Milizarmee, entstanden aus den Arbeiterorganisationen, Resten der Armee und des republikanischen Bürgertums, entwickelte sich unter der Führung der revolutionären Arbeiter und Bauern rasch in die Richtung einer roten Armee. Vom ersten Tag ihres Bestehens an setzte die Regierung Caballero das Bestreben ihrer bürgerlichen Vorgänger fort, die Milizarmee in ein bürgerlichrepublikanisches Heer zurückzuverwandeln. Die alte spanische Militärorganisation galt noch bis vor kurzem, und auf ihrer Grundlage

wurden die Arbeiter und Bauern zur Armee einberufen. Die Führung der Armee, ihre Kader, sind zumeist heute noch bürgerliche Offiziere, bestehend aus nicht-proletarischen Elementen. Das sind nur zwei Beispiele, die beliebig vermehrt werden können.

Anläßlich der letzten Regierungskrise in Katalonien, die die Ausschaltung der POUM, aus der Regierung zum Ziel hatte,6 trat zum erstenmal der russische Einfluß öffentlich sichtbar zutage. Er macht sich personell geltend durch die russischen Botschafter in Madrid und Barcelona. In Madrid ist es Rosenberg, in Barcelona Antonow-Owsejenko. Bei der Bildung des Verteidigungsrates in Madrid wurde die POUM ausgeschaltet. Auf energische Intervention der POUM hin stellte sich heraus, daß weder die Anarchisten noch die Sozialisten und bürgerlichen Republikaner etwas gegen eine Vertretung der POUM im Verteidigungsrat einzuwenden hatten. Lediglich auf den Einspruch der Stalinisten hin wurde der POUM der Eintritt verwehrt, wobei von den stalinistischen Vertretern daraufhingewiesen wurde, daß noch eine "höhere Stelle" energisch gegen eine Vertretung der POUM sei. Als die POUM ihr Manifest gegen die Erschießungen im Moskauer Prozeß veröffentlichte, schrieb Antonow-Owsejenko in der stalinistischen Presse in Katalonien einen wütenden Artikel gegen die POUM, in welchem er diese masslos beschimpfte.

Die PSUC (Vereinigte Sozialistische Partei Kataloniens — die Stalinisten) forderte von der Regierung den Austritt der POUM, andernfalls sie mit dem Rückzug ihrer Vertreter drohte. Die Regierungskrise dauerte vier Tage. Die Anarchisten setzten dem Verlangen der Stalinisten äußerst heftigen Widerstand entgegen. Nach vier Tagen war ihr Widerstand gebrochen; eine neue Regierung auf gewerkschaftlicher Grundlage unter Ausschaltung der POUM wurde gebildet. Wodurch wurde der Widerstand der Anarchisten schließlich gebrochen? Sehreinfach: im Hafen lag ein russisches Schiff mit Kriegsmaterial. Der russische Botschafter in Barcelona verweigerte die Ausladung des Dampfers, solange der Forderung, die POUM aus der Regierung zu entfernen, nicht entsprochen werde. Der Dampfer wurde ausgeladen, nachdem die POUM aus der Regierung "ausgeladen" war.

Der Kampf der Stalinisten gegen die revolutionären Organisationen nimmt unter der russischen Führung konzentrierte und klare Formen an. Katalonien windet sich seit einigen Wochen—fast genau seit der Regierungsumbildung — in einer Ernährungskrise. Ernährungsminister ist der Stalinist Comorera. Es fehlt an Brot, Zucker, Eiern, Fleisch, an den wichtigsten Nahrungsmitteln. Lange Schlangen von Frauen stehen vor den Lebensmittelläden an. Gibt es objektive wirtschaftliche Gründe für diese Ernährungskrise? Die Wirtschaft

wird in der Hauptsache von den Anarchisten geleitet. Haben sie so versagt, daß die Wirtschaft unfähig ist, die Bevölkerung zu ernähren? Nein! Gewiß sind beim Neuaufbau der katalanischen Wirtschaft schwere Fehler begangen worden, haben sich Unzulänglichkeiten ergeben. Doch das allein ist keine genügende Erklärung.

Auch wenn die Wirtschaft nicht imstande wäre, die Bevölkerung zu versorgen (gänzlich kann sie das überhaupt nicht), wäre die Folge schlimmstenfalls eine vorübergehende Stockung in der Nahrungsmittelversorgung. Wir haben es hier aber schon mit einer wochenlangen Ernährungskrise zu tun. Barcelona ist nicht derart blockiert, daß keine Lebensmittelzufuhr von See möglich wäre. Vor allem die französische Grenze ist sehr nahe. Wenn man will, kann aller notwendige Bedarf an Lebensmitteln aus Frankreich gedeckt werden. Aber bestimmte Kreise wollen nicht. Die Ernährungskrise in Katalonien ist eine politische Krise. Sie ist künstlich provoziert, um bestimmte politische Absichten zu erreichen. Sie kann sofort behoben werden, wenn es die spanische Regierung in Valencia und gewisse "höhere Stellen" wollen. Die Regierung in Valencia hat Devisen genug. Der Goldschatz der Bank von Spanien liegt in Frankreich. Warum kauft man nicht? Warum stellt man der katalanischen Regierung keine Devisen zum Ankauf der Rohstoffe und Lebensmittel zur Verfü-

Und hier ist die Antwort: Am 5. Januar demonstrierten in den Straßen Barcelonas einige hundert Frauen mit Transparenten, auf denen zu lesen stand: "Wir wollen mehr Brot und weniger Komitees! Wir wollen eine wirklich starke Generalitat!« Diese Frauendemon-

stration mit ihren hochpolitischen Forderungen war nicht spontan entstanden. Sie wurde von den Stalinisten protegiert, aus ihrer Küche stammten die Losungen. Die Komitees - die Räte - sind schuld. Weg mit ihnen! Die Komitees können kein Brot geben, nur Krieg. Weg mit ihnen! Die Komitees machen Revolution und Hunger. Weg mit ihnen! Eine starke Generalitat: das ist Frieden, Brot, Freiheit! So schrieb man es den Frauen auf. Die Tendenz ist klar. Die künstlich geschaffene Nahrungskrise in Katalonien soll nach dem Wunsch der Stalinisten folgendes erreichen:

1. Die Zerstörung und Auflösung der Komitees als der wirklichen Träger der revolutionären Bewegung.

2. Die verschärfte Ernährungskrise macht die Massen mürbe, kriegsmüde. Sie verlangen nach Frieden, sie wollen nicht hungern. Die Möglichkeit, einen Waffenstillstand mit dem faschistischen Gegner zu schließen, rückt näher.

3. Auf dem Höhepunkt der Nahrungskrise kommen die russischen Lebensmittelschiffe als die Retter in höchster Not. Die politische Auswertung dieser "Hilfe" heimsen die Stalinisten schmunzelnd ein. Das sind die Hauptursachen der Lebensmittelkrise in Katalonien. Unter russischer Führung treiben die Stalinisten ein verbrecherisches Spiel. Mit ihrer militärischen und materiellen Hilfe erpressen sie die revolutionären Organisationen. Ein weiteres Beispiel dafür ist die Tatsache, daß von dem russischen Kriegsmaterial an die Fronten von Zaragoza und Huesca so gut wie nichts geliefert wurde. Alles ging an die Madrider Front oder wird in Reserve gehalten. Erklärlicherweise

scheuen sich die Russen und Stalinisten, der katalanischen Milizar-



"Du, die dem Kinde das Leben gibt, rette den Mann vor dem Todel" Zugleich mit der Revolution wurden auch die Frauen zurückgedrängt.

Klemens Alff

Zum Zeitpunkt des Ausbruchs von Revolution und Bürgerkrieg unterschied sich die Lage der Frauen in dreierlei Hinsicht von der ihrer Schwestern im übrigen Europa.

Erstens war der Anteil von Frauen an der erwerbstätigen Bevölkerung der niedrigste in ganz Europa: 12 %, bei der eigentlichen Lohnarbeit sogar nur 9 %. Allerdings gab es eine hohe Konzentration von Frauen in der Industrie; so betrug ihr Anteil in Barcelona 28 %, und in der katalanischen Textilindustrie stellten sie die Mehrheit der Beschäftig-

Zweitens waren in Spanien die Ansätze einer Frauenbewegung ebenfalls die allerschwächsten in Europa. Der Lyceum Club adliger Damen wurde von der bürgerlichen Presse schon als "geistesgestört" eingestuft, die Linke war vom *machismo* geprägt, Frauen wurden nur von der katholischen Kirche angesprochen.

Deshalb blieben drittens die erstaunlichen Verfassungsreformen der ersten republikanischen Regierung reine Makulatur. Diese waren an den Vorbildern Mexiko und UdSSR ausgerichtet und daher die weitgehendsten in Europa. Gleiche Bezahlung, Koedukation, gleiche Erziehungsberechtigung, Gleichstellung uneheliche Kinder, Scheidung durch einfache Erklärung und 1936 legaler Schwangerschaftsabbruch waren die Errungenschaften. Besonders für Spanien wichtig war, daß ein Mord an der Ehefrau nicht mehr als "Ehrensache" behandelt wurde.

Diese Gesetzgebung ist dem Ehrgeiz, besonders modern zu sein und dem persönlichen Einfluß einiger radikalerer Republikanerinnen und Republikaner geschuldet. Sie übertraf die Forderungen der Arbeiterbewegung in fast allem und trug, zusammen mit der militanten Tradition der verschiedenen Bürgerkriege, zur massiven spontanen Beteiligung von Frauen an der ersten Verteidigung der Republik bei. Aber schon bei der "Kommune von Asturien" 1934 zeigte sich die

mee in Aragon, die fast ausschließlich aus Anarchisten und POUM-Kolonnen besteht, die notwendigen schweren Waffen zur Eroberung der faschistischen Stellungen auszuliefern.

Die gesamte stalinistische Politik, die stramm unter der Führung und Kontrolle der Russen steht, richtet sich darauf aus, die Organe der proletarischen Revolution zu zerstören. Die Revolution wird beschnitten. Im bürgerlich-demokratischen Rahmen sind die Russen bereit zu unterstützen und zu liefern. Mehr nicht. Was darüber ist, ist von übel. Spanien soll ein zweites China werden. Die revolutionären Organisationen (Anarchisten und POUM) werden erpreßt, stehen unter hartem Druck. Ob und wie sie sich von diesem Druck befreien, davon hängt sehr viel ab. Doch eines ist gewiß: ohne Hilfe der internationalen Arbeiterschaft - Freiwillige genügen nicht - wird es den revolutionären Teilen der spanischen Arbeiter und Bauern nicht gelingen, sich aus dem tödlichen Dilemma des Stalinismus und des Faschismus zu lösen. Nur eine klassenkämpferische Hilfe der französischen, englischen, deutschen und italienischen Arbeiter vermag wirksam zu helfen. Darauf kommt alles an. Auf der französischen Arbeiterschaft liegt der größte Teil der Verantwortung. Kämpft sie sowohl für ihre spanischen Brüder als auch auf ihrem eigenen Posten — dann wird die spanische Revolution triumphieren und eine neue revolutionäre Welle auslösen.

Wort, Halbmonatszeitschrift der IKD, Mitte Februar 1937, Nr. 81

Frauen im Krieg

Erste Entfaltung der Kräfte

dynamische Vorreiterrolle der Arbeiterfrauen besonders bei den militärischen Auseinandersetzungen. Im Kampf erwiesen sich die traditionellen geschlechtlichen Rollenzuweisungen als hohl. Nach Beendigung der Auseinandersetzungen fiel die Arbeiterbewegung jedoch wieder in den alten Zustand zurück.

1936 wiederholte sich das gleiche Schauspiel. Nach den ersten Abwehrkämpfen nahm die Beteiligung von Frauen an den Milizen deutlich ab. Erst auf den Aufruf von CNT und sozialdemokratischer Jugend hin schrieben sich Frauen auch regulär in die Milizlisten ein. Die vielen Fotos von Frauen in Uniform dürfen uns nicht täuschen—sie waren vor allem ein Lieblingsobjekt der Fotographen.

Stattdessen beteiligten sich die Frauen massenhaft an den allerorts aus dem Boden sprießenden Komitees zur Organisierung der Versorgung, von Dienstleistungen, von Betrieben. Die planmäßigen Anstrengungen der rechten Arbeiterparteien, die Frauen von der Front wegzudrängen, ließen ihnen angesichts der Umstände immerhin diese Organisationsformen — eine völlig neue Erfahrung in der Geschichte der spanischen Frauen.

Das dritte Element der Beteiligung der Frauen bestand in ihrem "ersatzweisen" Eindringen in die Arbeitsplatzreservoire der Männer in der Industrie, wenn diese einrückten. Hierbei ging die ideologische Auseinandersetzung dann um die Frage, obes sich dabei um ein Recht auf Dauer oder einen Notbehelf für Kriegszeiten handelte.

Jedenfalls waren auf dem Höhepunkt des Bürgerkriegs zwischen 60 und 70 % aller Frauen außer Hauses beschäftigt. Mitte März 1937 konnte ein Aufruf, 100 000 freigewordene Männerarbeitsplätze zu füllen, in kürzester Zeit umgesetzt werden. Betrachten wir im folgenden die Haltung der einzelnen Arbeiterparteien zu den genannten Problemen.

Die PSOE besaß als einzige Arbeiterpartei weder eine Frauenmassenorganisation noch etwas in der Art einer Frauenkommission. Ihre bekannteste "Feministin", Margarita Nelken, sprach sich 1931 bei der Debatte um das Frauenwahlrecht wegen der Gefahr des Rechtsrucks durch den kirchlichen Einfluß auf die Frauen sogar minderheit-

lich gegen das Frauenwahlrecht aus. Im Bürgerkrieg war es der "linke" Sozialdemokrat Largo Caballero, der, auf Druck der PCE, als Ministerpräsident das Dekret erließ, das Frauen den Zugang zur Front versperrte

Wie in allen anderen Fragen war auch die Frauenpolitik der PCE die schädlichste von allen. Von den Stalinisten gingen die defätistischsten Aufrufe aus, sie spielte am hemmungslosesten mit den Mutterinstinkten und appellierte am stärksten an die Opferbereitschaft. Ihr Mittel dazu war die Organisation Mujeres Antifascistas, die Frauen ausschließlich zum Zwecke des antifaschistischen Kampfs organisierten. Paradoxerweise konnten sie so besonders viele Frauen der ärmsten Schichten für sich gewinnen und damit doch in irgendeine Form von Organisierung als Frau hineinziehen. Ihre Rolle in der Frage der Kriegsbeteiligung sei durch folgendes Zitat erhellt:

"In einem Bürgerkrieg gibt es weder vorne noch hinten. Wer wird unsere Milizionäre... kleiden? Wer wird ihnen das Essen zubereiten? Wer wird sich um die Kinder kümmern? Hier stellen wir Frauen die Vorhut. Frauen können das harte Leben im Felde nicht überstehen."

Wie man an obenstehendem Artikel aus *Unser Wort* sehen kann, nutzte die PCE auch die Nöte der Hausfrauen, um gegen die politische Selbstverwaltung (von Männern wie von Frauen) zu mobilisieren. Die Parolen "Alles für die Front!" und "Frauen aus der Schußlinie!" dürften sich gegenseitig aufgehoben haben. Erst 1938 wandten sich die *Mujeres Antifascistas* stärker den Problemen von Frauen in der Industrie zu; denn inzwischen war Arbeitskraft rar geworden. Auf einmal war es auch möglich, in der Gewerkschaft UGT Frauenkommissionen einzurichten. Die Stalinistinnen banden ihre Industriearbeit jedoch an das Versprechen:

"Wir wollen nicht die Männer verdrängen... Aber sobald der Krieg beendet ist, werden wir den Kämpfern die Fabriken zurückgeben."

Die POUM dürfte sich als Partei wohl besonders wenig mit frauenspezifischen Fragen befaßt haben. Allerdings bestand in der POUM ein Frauensekretariat, das zum Teil eigenständig Politik betrieb, jedoch nicht versuchte, eine Frauenmassenorganisation der POUM aufzubauen. Dies hätte auch dem besonderen Konzept dieser Frauen widersprochen. Sie waren gegen die Bildung einer überparteilichen feministischen Organisation — dies sei nur sinnvoll, wenn die Arbeiterbewegung nur ein einziger ideologischer Block wäre. Deren Zustand sei aber so offen, daß es sinnvoll sei, sich für die fortgeschrittensten Formationen zu entscheiden. Ihre Hauptstoßrichtung bestand darin, die Frauen zu massenhafter Beteiligung an den Selbstverwaltungskomitees aufzurufen, der Demobilisierung der PCE Widerstand zu leisten. Die Selbstverwaltung sahen sie als den Einstieg in die Vergesellschaftung der Hausarbeit - eine klassisch bolschewistische Position. Der Sozialismus sei ohne Beteiligung der Frauen ohnehin nicht erreichbar, es gehe darum, die männlichen Vorurteile in der Linken zu bekämpfen und nichts als Männersache zu betrachten. Jedoch fand auch das Frauensekretariat der POUM seine Gründe, warum Frauen sich zwar an der Politik, nicht aber am Krieg beteiligen sollten.

Die bei weitem wichtigste Entwicklung in der Frauenpolitik waren die Mujeres Libres, die der anarchistischen Bewegung entstammten, aber für alle Frauen offen waren. Ihre Blütezeit kam erst nach dem politischen Niedergang von CNT und POUM ab Mitte 1937; 1938 hatten sie 30 000 Mitglieder. Sie waren aus einer kleiner Madrider Gruppe von Intellektuellen und Analphabetinnen antstanden, der sich die Gruppe 'Feministische Kultur' aus Barcelona anschloß. Ihr Ursprung reicht auf 1935 zurück, und ihr Zweck war nicht die kriegsbedingte Mobilisierung der Frauen, sondern der langfristige Kampf für die Veränderung der Geschlechterbeziehungen.

Die ursprünglichen Positionen des Anarchismus waren wohl die rückständigsten unter allen Strömungen der Arbeiterbewegung. Ahnlich Ferdinand Lassalle bestand ihre Kernauffassung darin, das Herausreißen der Frauen aus ihrer natürlichen Bestimmung durch die kapitalistische Lohnsklaverei zu bedauern. Zugleich pflegte der Anarchismus seine traditionellen Vorstellungen von der "freien Liebe" - nach der Erkenntnis der Mujeres Libres die Freiheit der Genossen, ihr Sexualleben auszukosten. Gegen das Frauenwahlrecht waren sie natürlich ohnehin, weil sie ja auch gegen Wahlbeteiligung waren. Im übrigen saß ihre Angst vor dem "Rechtsruck" durch das Frauenwahlrecht noch viel tiefer, weil sie oft Einfluß von Frauen mit Einfluß der Kirche geradezu gleichsetzten. Als Federica Motseny, die bekannteste Anarchistin, dann doch Ministerin in der katalanischen Regierung wurde, bestanden ihre Maßnahmen in der Einführung des sogenannten Familienlohns und in der Legalisierung von Kindern aus freien Liebesbeziehungen. "Spanien, das Land der Würde und der Männlichkeit", lautete eine ihrer beliebtesten rhetorischen Floskeln. An Frontabschnitten der CNT war Frauen oft der Zugang zu Cafés verboten, und die "Kolonne der freien Frauen"... trat mit dem Bügeleisen zum Kampf an.

Darin erschöpft sich jedoch nicht der Beitrag der anarchistischen Strömung zum Feminismus. (In den 20er Jahren kamen aus ihr die wichtigsten spanischen Propagandistinnen und Propagandisten sexueller Aufklärung und Verhütung.) Die Mujeres Libres unter Führung von Lucia Saornil sind ebenfalls ihr legitimes Kind — wiewohl ihm immer die Anerkennung als Teil der Bewegung verweigert wurde: 1938 wurde ein offizieller Antrag abgebügelt.

Die Mujeres Libres waren "föderalistisch" strukturiert, mit Autonomie für die 150 Gruppen, einem nationalen Komitee und sechs Fachsekretariaten. Ihre Organisation funktionierte so gut, daß sie ihren größten Kongreßerst im August 1937 abhielten, als der Stalinismus allerorten schon den Einfluß der Revolutionäre zurückgedrängt hatte. Die Mujeres Libres konnten alle Frauen zu sich ziehen, die mehr Politik machen wollten, als die Mujeres Antifascistas zugestanden, und alle Frauen, die stärker ihre autonomen Rechte verteidigen wollten, als die gesamte Linke es tat.

Lucia Saornil schrieb schon im November 1935: "Es genügt nicht zu sagen: Wir müssen bei den Frauen Propaganda machen und sie in unsere Kreise einbeziehen; vielmehr müssen wir das Problem weiter fassen, viel weiter. Die meisten Kollegen, mit Ausnahme eines Dutzends gut unterrichteter, haben eine von der charakteristischen

bürgerlichen Irreführung beeinflußte Mentalität. Während sie im Protest gegen das Eigentum laut aufschreien, sind sie selbst die besessensten Eigentümer."

Oder: "Die Frau, welche die Gleichheit der Rechte erringen will, muß zuerst in ihren eigenen Reihen kämpfen. Sie steht nicht nur allein und kann sich nur auf sich selbst verlassen, sondern darüberhinaus wird ihr Kampf erschwert durch den ihr gegenüberstehenden Feind, ein Feind, den sie nie bewußt als solchen wahrgenommen hat und mit dem sie seit frühester Kindheit eng und instinktiv verbunden ist."

In der Spätphase des Bürgerkriegs werden die Positionen zwar um einiges gemäßigter, doch führen sie einen scharfen Kampf darum, daß die aus Kriegsgründen besetzten Arbeitsplätze den Frauen als selbstverständliches Recht künftig zustehen sollen.

Im Grunde handelt diese Organisation als eine fünfte politische Strömung der spanischen Linken während des Bürgerkriegs. Sie bietet ein völlig eigenständiges Programm: "[...] 2. Aus unserer Organisation eine bewußte und verantwortungsvolle feministische Kraft zu machen, die als Avantgarde der Revolution handelt." Stellt man die Möglichkeit eines Sieges im Bürgerkrieg in Rechnung, so wäre dann erst die Zeit gekommen gewesen, in der sich das ungeheure Potential dieser Organisation und der Frauen Spaniens insgesamt erst hätte entfalten können. 1937 sagt Lucia Saornil: "Ich komme zu der Auffassung, daß wir Frauen nach der sozialen Revolution 'unsere eigene Revolution' machen müssen. Es gibt eine Menge Tatsachen, die mich veranlassen, darüber nachzudenken..."

Walter Stein

Nach Meinung der Experten ist der spanische Bürgerkrieg das Ereignis des 20. Jahrhunderts, über das am meisten geschrieben wurde. Es handelt sich mindestens um einige zehntausend Titel. Wir wollen aber an dieser Stelle unseren Lesern nur die wichtigsten deutschsprachigen Titel empfehlen, die bis auf wenige Ausnahmen auch noch lieferbar sind — wobei wir darauf verzichten, auf die umfangreichen Angebote aus DDR- oder DKP-Verlagen zu verweisen, da deren Spanien-Titel trotz bester Ausstattung weder Informationsgehalt noch politische Aufrichtigkeit vorweisen können.

Obwohl ursprünglich vor über zwanzig Jahren verfaßt und daher in manchen Details nach heutigem Kenntnisstand mit Irrtümern behaftet, liefert das Buch von Pierre Broué und Emile Témime, »Revolution und Krieg in Spanien«, 2 Bde, Frankfurt 1975 (Suhrkamp Taschenbuch Wissenschaft 118, 30,- DM) noch immer den besten Gesamtüberblick. Besonders im ersten Teil, verfaßt von Pierre Broué, einem trotzkistischen Historiker aus Frankreich, wird dargestellt, wie der Militärputsch am 19. Juli eine Revolution auslöste, die zugleich von der faschistisch-militärischen Konterrevolution von außen wie von der sich um die Stalinisten gruppierenden bürgerlich-demokratischen Konterrevolution her bekämpft und schließlich zerschlagen wurde.

Dieser Zusammenhang von Revolution, Bürgerkrieg und Konterrevolution ist auch in einer Reihe von Augenzeugenberichten anschaulich dargestellt worden:

George Orwell, »Mein Katalonien«, Zürich 1975 (Diogenes 20214, 9,80 DM);

Franz Borkenau, »Kampfplatz Spanien. Politische und soziale Konflikte im spanischen Bürgerkrieg«, Stuttgart 1986 (Klett-Cotta, 34,-DM):

Hanns-Erich Kaminski, »Barcelona. Ein Tag und seine Folgen«, Berlin 1986 (edition tranvia, 19,80 DM).

George Orwells Buch ist sicherlich das eindringlichste. Aber er war auch Mitkämpfer — als Mitglied der britischen Independent Labour Party in der Miliz der POUM — und schildert so ausführlich den Kampf an der Front und zeigt dabei den Zusammenhang von Kriegsführung und Politik. Borkenau und Kaminski schrieben ihre Bücher als Journalisten. Der eine als distanzierter Soziologe, der andere als Sympathisant der Anarchisten. Bei beiden steht so im Unterschied zu Orwell die revolutionäre Umwälzung im Hinterland, vor allem in Katalonien, im Vordergrund.

Die Revolution in Spanien wird oft ausschließlich mit den Anarchisten verknüpft — zu Unrecht, denn in Katalonien spielte auch die POUMeine Rolle. Es ist aber sicher richtig, daß die anarchistische Gewerkschaftsbewegung CNT die dominierende Kraft war — mit negativen wie positiven Folgen. Eine Darstellung aus anarchistischer Sicht, die zugleich die offizielle Politik der CNT rechtfertigt (die ja auf eine revolutionäre Opposition innerhalb der CNT selbst stieß) liefert das Buch des deutschen Anarchisten (und verantwortlichen für die internationale Arbeit

BÜCHER KISTE

der CNT im Bürgerkrieg) Augustin Souchy, »Nacht über Spanien. Ein Tatsachenbericht 1936 - 1939«, zuletzt neuaufgelegt Grafenau 1984, (Trotzdem-Verlag, 16,- DM).

Eine kritische Aufarbeitung der Kollektivierungsbewegung in der Industrie und auf dem Land liefert die umfangreiche Arbeit von Walther Bernecker, »Anarchismus und Bürgerkrieg. Zur Geschichte der sozialen Revolution in Spanien 1936 - 1939«, Hamburg 1978, (Hoffmann und Campe, leider nur noch antquarisch zu finden). Sicherlich kein einfach zu lesendes Buch, da es sich um eine akademische Arbeit handelt, was ihren Stil und vor allem die Darstellungsweise der Probleme prägt. Walther L. Bernecker hat auch eine sehr nützliche Dokumentation zeitgenössischer Texte dazu vorgelegt: »Kollektivismus und Freiheit. Quellen zur Geschichte der sozialen Revolution in Spanien 1936 - 1939«, München 1980 (dtv 2920, 16,80 DM).

Die stalinistische Repression gegen die POUM wird von einem ihrer Führer (und Pionier des spanischen Kommunismus), Julian Gorkin, »Stalins langer Arm. Die Vernichtung der freiheitlichen Linken im spanischen Bürgerkrieg«, Köln 1981 (Kiepenheuer & Witsch), geschildert. Diesem Buch, Anfang der 40er Jahre in Mexiko verfaßt, merkt man allerdings an manchen Stellen an, daß der Verfasser sich inzwischen zu einem Sozialdemokraten gewandelt hat — was natürlich die Bedeutung seiner Erlebnisse nicht mindert.

Wer an einer Diskussion der politischen Lehren, die für die Arbeiterbewegung aus der spanischen Revolution zu ziehen sind, interessiert ist, sei auf folgende Bücher verwiesen:

Leo Trotzki, »Revolution und Bürgerkrieg in Spanien«, 2 Bde, Frankfurt 1975/76 (isp-Verlag, 20,-DM); es handelt sich dabei umeine Sammlung seiner verschiedenen Artikel, Broschüren usw., die er in den 30er Jahren dazu schrieb.

Felix Morrow, »Revolution und Konterrevolution in Spanien«, Essen 1976 (leider auch nicht mehr lieferbar, findet sich noch gelegentlich in linken Buchläden). Morrow war in den 30er Jahren Trotzkist in den USA und veröffentlichte dieses Buch 1938 als ersten Versuch, die politischen Schlußfolgerungen zu ziehen. Die Nähe zu den Ereignissen erklärt sicherlich manche polemische Wendung des Autors; der Gehalt seiner Aussagen ist dagegen noch heute von Belang.

Im Sammelband Frauen und Arbeiterbewegung, Frankfurt 1984, (isp-Verlag, 20,-DM), charakterisiert Jacqueline Heinen das Verhältnis der Arbeiterorganisationen zur Frauenfrage und stellt die Versuche zur Bildung einer revolutionären Frauenbewegung besonders bei den Anarchisten, aber auch der POUM dar. Will man etwas über die authentische Erfahrung einer Frau, die zugleich revolutionäre Aktivistin in der Miliz der POUM war und zeitweise eine ihrer Einheiten kommandierte, wissen, dann greife man zu folgenden Memoiren: Mika Etchéhère, »La guerra mia. Eine Frau kämpft für Spanien«, Frankfurt 1983, (Neue Kritik, 26,-DM).

LAND AND FREEDOM: EIN RADIKAL SOLIDARISCHER BLICK

Zu Ken Loachs Film aus dem Spanischen Bürgerkrieg *Tierra y Libertad* (Land und Freiheit), der in Deutschland unter dem Titel *Land and Freedom* gezeigt wird, bringen wir eine Besprechung aus der sozialistischen Zeitschrift *Viento Sur* (Madrid).

MIGUEL ROMERO

Was für eine Revolution erlebt Dave? Vor allem bedeutet die Revolution Solidarität. Diese Solidarität beginnt im Zug, den er an der Grenze besteigt, wo ihn die Menschen sofort wie einen der Ihren aufnehmen, mit spontaner und bedingungsloser Großzügigkeit. Dies setzt sich in der Miliz im Verhältnis zwischen Männern und Frauen fort. Blanca und Maïté sind Figuren voll beeindrukkender Kraft, die feinsinnig den politischen Gang der Ereignisse nachzeichnen. Am Anfang, in der Miliz, als die Menschen, die Kontrolle über ihre eigene Existenz ergreifen", nehmen sie dort einen wichtigen Platz ein: Sie kämpfen, sie leben und sie lieben frei; sie ergreifen das Wort, wenn sie es wollen, inmitten der Frauen des einfachen Volkes, in der Vollversammlung, die die Kollektivierung bespricht.

Aber sobald der revolutionäre Prozeß zurückgeht, ändert sich die Rolle der Frauen: Selbst wenn sich die Milizgruppe weigert, sich in die reguläre Armee einzugliedern (die die Regierungen Largo Caballero und de Tarradellas in dieser Zeit, im Oktober 1936, schnellstmöglich organisierten). greift der Druck, der ausgeübt wird, um das republikanische Lager zu "institutionalisieren", schließlich auf die Miliz über und führt dazu, daß Maïté in die Küche und Blanca ins Lazarett geschickt werden. Diese Rückkehr zu traditionellen Frauenrollen ist eine Vorausschau auf den allgemeinen Umschlag der Ereignisse. Schließlich drückt sich die Solidarität in ihrer ganzen Tiefe im Internationalismus der Miliz aus. Die internationale Solidarität während des Spanischen Bürgerkriegs ist immer mit den internationalen

Brigaden - zweifellos der größten Kraft gleichgesetzt worden, die seit November 1936 in den Krieg eingegriffen haben und überwiegend von den Kommunisten rekrutiert und organisiert wurden. Loach hat die anderen Internationalisten vor dem Vergessen gerettet, die Libertären, die Trotzkisten, aber auch Mitglieder der kommunistischen Parteien wie Dave und Lawrence, und es ist ihm mit einfachen, aber außergewöhnlich wirksamen Mitteln gelungen, das Gefühl der Verbrüderung zu vermitteln, das sie vereint hat (das als selbstverständlich empfundene Nebeneinanderbestehen der Sprachen, die Freundschaft zwischen dem englischen Kommunisten Dave und dem irischen Republikaner Coogan usw.).

ZIELE DER MILIZEN

Aber Loach geht über den moralischen und gefühlsmäßigen Sinn der Milizsolidarität hinaus: Er versucht, daran politischen Inhalte zu ergründen. Das ist ein hauptsächlicher Aspekt des Films, der aber ebenso riskant wie schwierig ist. Ich glaube, daß Loach diese Herausforderung erfolgreich beantwortet, indem er drei Elemente verbindet.

Zuerst der Wert der Selbstorganisation als politisches und moralisches Prinzip: Die Miliz ist keine Armee und will es auch nicht sein, sie kennt keinen militärischen Gruß und keine Hierarchie und die sie betreffenden Entscheidungen werden per Abstimmung gefällt. Dieses Lebensgefühl, das eher "libertär" als "POUMistisch" ist, zeigt sich äußerlich in der Anti-Uniformierung der Miliz (gegenüber dem feindlichen und bedrohlichen Charakter der Uniformen der re-

SPANISCHE REVOLUTION

1931: Wirtschaftskrise, Wahlsieg der Republikaner, König Alfonso XIII. dankt ab.

1934: Bergarbeiter-Aufstand in Asturien scheitert, Massenverhaftungen.

Februar 1936: Wahlsieg der Volksfront aus Sozialdemokraten, KP und bürgerlichen Parteien, die aber nur Amnestie und eine vage "Demokratisierung" verspricht. Aufschwung von Arbeiter- und Bauernkämpfen, Gefängnisse werden gestürmt.

Juli 1936: Faschistischer Militärputsch wird durch Arbeitermilizen im größten Teil Festland-Spaniens zurückgeschlagen. Arbeiterräte kontrollieren die Fabriken und das öffentliche Leben, Bauern übernehmen das Land.

Oktober 1936: Entwaffnung der Milizen, Eintreffen der "Internationalen Brigaden" (überwiegend KP-Anhänger).

Dezember 1936: Stalin rät der spanischen Regierung, das Eigentum des Bürgertums vor Beschlagnahmungen zu schützen, "damit Spanien von seinen Feinden nicht als kommunistische Republik angesehen werden kann". Die Kommunistische Internationale fordert die "Zerschmetterung des Trotzkismus in Spanien".

Mai 1937: Sturm auf die (seit dem Putsch) von Arbeitern besetzte Telefonzentrale in Barcelona.

Juni 1937: Verbot der POUM, Ermordung ihres Vorsitzenden Andres Nin.

1939: Die Faschisten unter General Franco erobern ganz Spanien.

Bücher zum Spanischen Bürgerkrieg:

- Felix Morrow, Revolution und Konterrevolution in Spanien, Arbeiterpresse, 1986.
- Leo Trotzki: Revolution und Bürgerkrieg in Spanien 1931-39, ISP, 1986.

publikanischen Armee in der Entwaffnungsszene). Zweitens das Projekt der sozialen Revolution: die Kollektivierung, die Notwendigkeit, das Leben hier und jetzt zu ändern, den Sieg über die Faschisten in einer neuartigen, solidarischen Form der gesellschaftlichen Organisierung münden zu lassen. Schließlich die demokratische Brüderlichkeit: In der Milizgruppe zieht man sich nicht nur anders an, sondern man denkt auch anders. In der Versammlung, die sich mit der Kollektivierung beschäftigt, und einer weiteren, die die Eingliederung in die reguläre Armee bespricht, kann sich jeder erklären, wird jeder angehört. Lawrence verläßt die Miliz, weil er den Entschluß dazu gefaßt hat, und nicht etwa, weil daran gedacht worden wäre, ihn wegen seiner von der Mehrheit abweichenden Meinung zu entlassen. Die Erfahrung, die Dave in Barcelona macht, entfernt sich von diesem Konzept - radikal solidarisch und deshalb revolutionär - bis zum tragischen Ende.

UNAUSWEICHLICHE ENTSCHEIDUNG

Aber Dave ist kein Überläufer. Loach läßt ihn leben. Er tritt zunächst in die internationalen Brigaden ein, ohne dabei das Gefühl zu haben, sein ehemaligen Freundinnen und Freunde zu verraten, die er an der Aragón-Front zurückgelassen hat. So erklärt sich seine ehrliche Überraschung nach einer keuschen und zärtlichen Liebesszene, als er die harten Worte Blancas einstecken muß, die ihn dazu zwingen, in dem harten Konflikt im republikanischen Lager Stellung zu beziehen. Er stürzt sich in die militärische Auseinandersetzung um die "Telefonica" (eine großartige und für mich die bewegendste Szene des Films) und muß dann seine Verwirrung eingestehen, seine Unfähigkeit, diesen tragischen und absurden Augenblick des Bürgerkriegs zu begreifen. Er erkennt endlich die Bedeutung der Ereignisse, als er in einer Bar die sektiererischen, großkotzigen und machistischen Kommentare der jungen Soldaten mitanhört, die die stalinistische Variante der Maiereignisse 1937 wiedergeben. Die Bar gibt ein der Miliz genau entgegengesetztes Bild ab. Dave ist hier allein, er wird sogar wie ein Fremder behandelt. Es ist ein unsolidarischer Ort, der feindlich gegenüber der Miliz und allem, was mit ihr zusammenhängt, ist. Dave entscheidet sich, seinen Miliz-Genossen treu zu bleiben, ihrem Dasein und ihrer Bedeutung.

STALINIST -ABER KEIN KONTERREVOLUTIONÄR

Der Film ist des "Manichäismus" bezichtigt worden. Ich glaube, daß sich Loach dieser Gefahr bewußt war, die ohnehin unvermeidlich erscheint, sobald es sich um eine gewalttätige Auseinandersetzung handelt, in der zwei entgegengesetzte Anschauungen aufeinanderprallen. Ich finde diesen Vorwurf ungerecht. Dave ist überhaupt keine Figur, die auf manichäischen Kriterien aufgebaut wäre, sondern er stellt die Hauptachse des Films dar. Doch vielleicht hätte Loach darüberhinaus dem Engländer Lawrence eine wichtigere Rolle geben können. Denn Lawrence ist zwar stalinistisch eingestellt, aber er ist kein Konterrevolutionär. Die Ideen, die er in der Versammlung zur Kollektivierung entwikkelt, sind äußerst ausgearbeitet und politisch durchdacht. Er verläßt die Miliz und tritt in die reguläre Armee aus Überzeugung ein mit dem Gedanken, damit den Kampf der Arbeiter zu unterstützen. Er wird hier mitverantwortlich für die bewaffnete Repression gegen seine ehemaligen Genossen und im Gegensatz zu der Sicherheit, mit der er sich in der Versammlung ausgedrückt hat, kann er jetzt nur noch unablässig die offizielle Weisung wiederholen und nochmals wiederholen: "Eure Führer betrügen euch." Erst nachdem er dieses Verbrechen begangen hat, kann er zum Helden des Kampfes gegen Franco werden, bereit sein Leben dabei zu lassen.

Wenn man Lawrence ignoriert, kann man den Stalinismus meiner Meinung nach nicht völlig verstehen. Die schärfste Anklage, die man gegen ihn erheben kann, ist doch die, eine ganze Generation großartiger Revolutionäre vernichtet zu haben, indem er es erreichte, daß ein Teil den anderen im Namen von,,Revolution und Sozialismus" umbringt. Tierra y Libertad spricht von denen, die noch inmitten dieses Schreckens um alles gekämpft haben, für das Leben und für die Revolution - und die alles verloren haben. Bis auf eine Handvoll Erde in einem roten Taschentuch, die Ken Loach mit Talent und Mut aus der Vergangenheit in die Gegenwart hinübergerettet hat. Sie gehört dem, der von ihr Besitz ergreift - so, wie vielleicht Daves Enkelin und ihre Freunde.

Quelle: Inpecor Nr. 395.; Übers.: Ret Marut. Dieser Artikel erschien erstmals in Viento Sur, Madrid, 21.6.1995.

IMPRESSUM

Inprekorr ist das Organ der IV. Internationale in deutscher Sprache. Inprekorr wird herausgegeben von der deutschen Sektion der IV. Internationale, von RSB und isl. Dies geschieht in Zusammenarbeit mit GenossInnen aus Österreich und der Schweiz und unter der politischen Verantwortung des Exekutivbüros der IV. Internationale.

Inprekorr erscheint zweimonatlich (6 Doppelhefte im Jahr). Namentlich gekennzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung des herausgebenden Gremiums wieder.

Konto

Neuer Kurs GmbH, 25761 Büsum Postbank Frankfurt/M, 60320 Frankfurt a.M. BLZ: 500 100 60, Kontonr.: 365 84-604

IBAN: DE97 5001 0060 0036 5846 04

Abonnements:

/ IDOI III CIII CIII CII	
■ Einzelpreis:	€4,-
■ Jahresabo (6 Doppelhefte):	€20,-
■ Doppelabo (Je 2 Hefte):	€30,-
■ Solidarabo: ab	€30,-
■ Sozialabo:	€ 12,-
■ Probeabo (3 Doppelhefte):	€ 10,-
■ Auslandsabo:	€ 40

Website:

www.inprekorr.de

Redaktion: Michael Weis (verantw.), Birgit Althaler, Daniel Berger, Wilfried Dubois, Jochen Herzog, Paul Kleiser, Björn Mertens, Ursi Urech, E-Mail: redaktion@inprekorr.de

Gestaltungskonzept: Tom Bogen, **Layout:** Grafikkollektiv Sputnik, Tom Bogen

Verlag, Verwaltung & Vertrieb: Inprekorr, Hirtenstaller Weg 34, 25761 Büsum,

E-Mail: vertrieb@inprekorr.de

Kontaktadressen:

- RSB / IV. Internationale, Regentenstraße 57–59, 51063 Köln
- isl, internationale sozialistische linke, Regentenstraße 57–59, D-51063 Köln
- SOAL, Sozialistische Alternative, office@soal.at
- Sozialistische Alternative,
 Postfach 4070, 4002 Basel

Manichäismus: hier benutzt im Sinne von vereinfachendem "Schwarz-Weiß-Denken", das keine Zwischentöne wahrnehmen will und nur "völlig gut" oder "ganz böse" kennt - d.Red.

die <u>internationale</u>

Spanischer Bürgerkrieg – aus der Sicht von Hans David Freund

Im Juli 1936 begann auf der iberischen Halbinsel ein Bürgerkrieg, der in seiner ersten Phase aufs engste mit einer sozialen Revolution hinter der republikanischen Front verknüpft war – einer Revolution, die das Hauptziel des Aufstands der reaktionären Kräfte unter Führung von General Francisco Franco war. Eine Skizze dieser Ereignisse hat vor kurzem Reiner Tosstorff in seinem "Historische(n) Stichwort Spanischer Bürgerkrieg 1936 bis 1939" geliefert¹; ausführlicher werden sie in den "klassischen" Werken von Pierre Broué und Émile Témime² sowie von Felix Morrow³ dargestellt.

Wir veröffentlichen hier drei Texte von Hans David Freund, einem jungen Deutschen, der 1933 zum internationalistischen Kommunisten wurde und 1937 in Spanien Opfer des stalinistischen Terrors geworden ist, zum ersten Mal auf Deutsch. Sie waren 1936 bzw. 1937 unter dem Pseudonym "Moulin" auf Französisch erschienen. Die beiden Briefe aus Madrid erschienen in einem vom Internationalen Sekretariat der Bewegung für die Vierte Internationale herausgegebenen Bulletin⁴; die Analyse zur Frage der Komitees in der Spanischen Revolution erschien in der Zeitschrift, die von der französischen "Parti ouvrier internationaliste" (POI) herausgegeben wurde.⁵ Erneut zugänglich gemacht wurden die Texte 1975 in dem Band mit Schriften von Trotzki zur spanischen Revolution, den Pierre Broué herausgegeben und dem er einen umfangreichen Anhang mit Materialien zum Thema "Trotzkis Information über Spanien" beigegeben hat.6 Auf Englisch erschienen die Texte 1992 in der Ausgabe der englischen Zeitschrift Revolutionary History, die dem spanischen Bürgerkrieg aus der Sicht der nicht-stalinistischen Linken gewidmet ist.7

1 Reiner Tosstorff, *Die POUM in der spanischen Revolution*, Köln: Neuer ISP Verlag, 2006, S. 9–12.

Briefe aus Madrid

Diese Briefe und der anschließende Artikel stammen von Hans David Freund (1912-1937). Die Briefe mit Datum 24. August und 27. September 1936 wurden vom Presse- und Informationsdienst der "Bewegung für eine Vierte Internationale", Nr. 7 und 12 vom 4. September und 21. Oktober 1936 übersetzt. Sie erschienen dort unter dem Namen von "Moulin". Der Artikel "La Dualité de pouvoirs dans la Révolution espagnole: la Question des Comités" (Die Doppelherrschaft in der spanischen Revolution - Die Frage der Komitees) erschien zuerst in Quatrième Internationale, No. 3, März-April 1937, S. 28-30.

Freund, "ein wahrer und aufrechter Kämpfer", wie Katia Landau in ihrer Arbeit "Stalinism in Spain" (in Revolutionary History, Vol. 1, no 2, Sommer 1988, S. 54) hervorhob, wurde als Sohn jüdischer Eltern in Deutschland geboren. Er verbrachte aber den größten Teil des Erwachsenenlebens auf Grund Hitlers Terrorherrschaft im Ausland. Er wandte sich vom Stalinismus nach einem Besuch der Sowjetunion ab, studierte dann eine Zeitlang in Oxford und später in der Schweiz, wo er unter den Studierenden in Genf eine trotzkistische Gruppe aufbaute. 1936 ging er nach Spanien und während der Zeit in Madrid half er Paul und Clara Thalmann bei den deutschsprachigen Rundfunksendungen der dortigen POUM-Gruppe, die stark vom Trotzkismus beeinflusst war. Danach zog er an

die Guadarrama-Front, wo er vom stalinistischen Verantwortlichen Galán mit Erschießung bedroht wurde, weil er unter den KämpferInnen für trotzkistische Positionen warb.

Im Frühjahr 1937 führte es ihn nach Barcelona, wo er versuchte, die beiden trotzkistischen Gruppen El Soviet (Bartolomeo) und Voz Leninista (Munis) zu vereinigen. Er war von Ende April bis Anfang Mai der Hauptverbindungsmann zwischen den Bolschewisten-Leninisten und den Freunden von Durruti. Als die Maikämpfe ausbrachen, stand er an verantwortlicher Stelle bei den Bolschewisten-Leninisten, da Munis in Paris zu Gesprächen mit dem Internationalen Sekretariat weilte. Er ist der Autor des Flugblattes, das an den Barrikaden verteilt wurde und das George Orwell in "Mein Katalonien" erwähnt.

Er wurde allerdings vom stalinistischen NKWD beobachtet, wie so viele andere auch. Während der Barrikadenkämpfe wurde er fotografiert. Er versteckte sich bei den Anarchisten, die ihren Schutz auch auf andere von den Stalinisten verfolgte Revolutionäre ausdehnten. Es gibt unterschiedliche Berichte darüber, wie er ums Leben kam. Einer besagt, dass er zu einem anarchistischen Kollektiv auf dem Land unterwegs war und bei einem Überfall der Stalinisten ermordet wurde. Ein anderer behauptet, er wäre Anfang August von einem NKWD-Kommando einfach in den

INPREKORR 418/419 23

Gekürzte Fassung: "Anfang und Ende der spanischen Revolution", in: Sozialistische Zeitung, Juli/August 2006, S. 28.

² Pierre Broué u. Émile Témime, Revolution und Krieg in Spanien, aus dem Französischen übersetzt u. bearbeitet von A. R. L. Gurland, Frankfurt/M.: Suhrkamp, 1968 (zweibändige Taschenbuchausgabe 1975; Originalausgabe: Paris 1961).

³ Felix Morrow, *Revolution und Konterrevolution in Spanien*, Essen: Gervinus-Verlag, 1986 (Zusammenfassung von zwei Schriften, die zuerst 1936 bzw. 1938 in New York erschienen).

⁴ Service d'information et de presse pour la Quatrième Internationale, Nr. 7, 4. September 1936, sowie Nr. 12, 21. September 1936.

^{5 &}quot;Dualité de pouvoirs dans la révolution espagnole: la question des comités", in: *Quatrième Internationale*, Nr. 3, März/April 1937.

⁶ Léon Trotsky, *La révolution espagnole*, 1930-1940, Paris: Les Éditions de Minuit, 1975, S. 617-621, S. 629–633.

⁷ The Spanish Civil War: The View from the Left, London: Socialist Platform, 1992, (Revolutionary History, Bd. 4, Nr. 1/2), S. 317–328.
Auch im Internet: http://www.revolutionary-history.co.uk/backiss/Vol4/No1-2/Freund1.htm

Straßen von Barcelona aufgegriffen worden und seitdem verschwunden. Siehe dazu auch die umfangreichen und nützlichen Anmerkungen und Erklärungen in der von Pierre Broué herausgegebenen Ausgabe von Trotzkis "Die Revolution in Spanien" (Minuit,

Gesetzentwürfe auszuarbeiten, die die Bewegung für Vergesellschaftung verwirren und zurückhalten sollten, die Vermögen der linken Bourgeoisie abzusichern, neue parlamentarische Illusionen bei den Massen zu erzeugen und die Klassenzusammenarbeit wieder zu zu der in Barcelona anscheinend keine Illusionen in Caballero usw.

Die Hauptforderung der POUM ist heute die nach der Arbeiterregierung. Aber die POUM tut nur sehr wenig, um diese richtige Losung in die Praxis umzusetzen. Sie erzieht

> ihre Kader nicht in diesem Sinne. Sie schickt keine, oder fast keine, Aufklärer an die Front. Sie sollte einige ihrer kämpfenden Einheiten auflösen und deren Mitglieder auf anarchistischen und andere Einheiten verteilen. Die POUM hat nicht die richtige Taktik der Einheitsfront. Auch wenn sie an der Basis arbeitet, wenn auch unzureichend, sollte sie andererseits Annäherungsversuche bei den reformistischen Organisationen unternehmen für

Gespräche über Zeit und Programm eines Rätekongresses, für den sie allgemeine Propaganda macht, um sich gleichzeitig in die Lage zu versetzen, die reformistischen Führer zu kritisieren, in dem wahrscheinlichen Fall, dass diese solche Initiativen ablehnen. Anstatt die ArbeiterInnenklasse vor der Gefahr des Bonapartismus durch das Caballero-Prieto-Azaña-Bündnis warnen, beschränkt sich die POUM selbst damit, dass sie sagt, die Regierung wäre "nutzlos" (sic) geworden und allein der Sozialismus könne die spanische Wirtschaft wieder aufbauen, die vom Bürgerkrieg zerstört wurde.

Die POUM ist weiterhin international fest mit dem Londoner Büro verbunden. Auf einem Treffen der POUM begrüßte Pivert, von Gorkin übersetzt, die Arbeiter im "Namen der SFIO und der CGT". Die POUM scheint immer noch von der Idee eines "Internationalen Kongresses zur marxistischen Wiedervereinigung" überzeugt zu sein. Auf der anderen Seite ist sie zu Aktionseinheiten mit den Bol-

schewisten-Leninisten bereit, besonders denen aus Frankreich. Unsere Aufgabe ist es, mit der POUM systematisch Beziehungen aufzubauen und ihr unser Interesse an den Fragen und unser Verständnis davon zu übermitteln, die sich der POUM und der gesamten Arbeitervorhut stellen, um damit einem Bündnis des spanischen und französischen Proletariats zu dienen.

Die personelle Stärke der POUM und ihr Masseneinfluss wachsen beachtlich. Die POUM-Milizen, die während der entscheidenden Nacht in Barcelona eine wichtige Rolle spielten, verfügen über mehr als 10 000 Mitglieder. Seit dem Aufstand hat sich ihr Jugendverband (Juventud Comunista Ibérica) verzehnfacht. Die Parteikader werden stärker und neue Ortsgruppen werden täglich gegründet. Ihre Zeitung La Batalla wird mit großem Interesse gelesen. In Lérida erscheint eine Tageszeitung der POUM und sie hat für ihre KämpferInnen gerade ein Wochenmagazin gestartet (El Combatiente Rojo). In den anarchistischen Gewerkschaften erzielt die POUM täglich mehr Einfluss und die anarchistischen ArbeiterInnen verwechseln die POUM nicht länger mehr mit den reformistischen "Politicos". Ähnlich stark ist das Gewicht der POUM innerhalb der UGT. Sie verfügt über Führungspositionen in dieser Gewerkschaft überall im Land. Die POUM-Mitglieder haben darüber hinaus ihre eigenen Gewerkschaften (bei den Angestellten, der Textilindustrie und den Pottasche-Minen), die sie darauf vorbereiten, in eine vereinigte Gewerkschaft einzutreten, der CNT, in der die POUM die Mehrheit haben wird. Unter den Ausländern, allen voran unter den ItalienerInnen in Barcelona, kann die POUM auf eine relativ starke Unterstützung bauen. Über ihre heutigen einige tausend Mitglieder hinaus, könnte die POUM, wenn sie sich in den nächsten Monaten in gleicher



1975) sowie den Artikel "Freund, dit Moulin" in den Cahiers Léon Trotsky (No. 3, Juli-September 1979, s. 135)

Brief vom 24. August 1936

Die POUM ist immer noch eine zentristische Partei. Auch wenn sie ihren Wahlpakt mit der Volksfront nach den Ereignissen öffentlich aufgekündigt hat, so hat sie in Wirklichkeit ihren Charakter als linker Flügel der Volksfront nicht verändert und verfolgt eine Politik der heiligen Einheit mit der antifaschistischen Bourgeoisie. Auch wenn sie sich weigerte in die Regierung unter Casanova einzutreten, so sollte erwähnt werden, dass selbst die PSUC sich unter dem Druck der Massen nach ein paar Tagen aus der Regierung zurückziehen musste und dass die POUM positiv auf die Einladung der Regierung reagierte, mit dem Wirtschaftsrat von Katalonien zusammenzuarbeiten, dessen einzige Funktion daran bestand,

beleben, zu der die Regierung nicht mehr in der Lage war. Die POUM ist sehr stolz, die einzige Partei zu sein, die ihre Presse nicht der Zensur durch die Regierung vorlegt, aber sie weigert sich, die republikanische Regierung öffentlich zu kritisieren und ebenso die Parteien der Volksfront und die anarchistischen Führer, die in der Regierung in der gemeinsamen Absicht verbündet sind, die proletarische Revolution zu zerschlagen und den schnellen und entscheidenden Sieg der antifaschistischen militärischen Kräfte zu verhindern, weil ein solcher Sieg, sollte er in einer revolutionären Situation münden, der Beginn der proletarischen Revolution werden könnte. "Der Faschismus ist der einzige Feind", das ist stets die Botschaft der POUM

Einzig in Madrid, wo die POUM zum größeren Teil aus alten Linksoppositionellen der Kommunistischen Partei besteht, ist die Haltung der POUM ein wenig korrekter als in Barcelona. So hat die Madrider POUM im Gegensatz

24 INPREKORR 418/419

Geschwindigkeit ausdehnt, die Mehrheit der bewussten Teile des Proletariats gewinnen, um den Kampf um die Macht aufzunehmen.

Neben der POUM existiert in Spanien keine revolutionäre Kraft. Wir müssen an der Bolschewisierung der POUM arbeiten, auch wenn wir nicht vorhersagen können, ob dies mit einem Wechsel in der gegenwärtigen Führung vollendet werden kann oder mit einer Hinwendung der jetzigen Führung in Richtung des Bolschewismus-Leninismus.

Brief vom 27. September 1936

Vor einigen Wochen behauptete eine Korrespondenz des SIP (Internationaler Pressedienst für die Vierte Internationale), dass die POUM nicht aufgehört habe, eine zentristische Partei und der linke Flügel der Volksfront zu sein und sagte eine Politik der heiligen Eintracht mit der "antifaschistischen" Bourgeoisie voraus. Für einige der bolschewistisch-leninistischen GenossInnen in der POUM schien dieses Urteil damals etwas zu hart gewesen zu sein. Und in der Tat wurden diese Zeilen in einer Zeit eines relativ linken Kurses der POUM geschrieben, wo durchaus daran gedacht werden konnte, dass sich die Führung in Richtung leninistischer Positionen bewegen könnte. Jedoch ist nichts dergleichen passiert. Leider bestätigen die Tatsachen von heute komplett die Vorhersagen von vor einigen Wochen. In der Person von Andrés Nin ist die POUM in die Regierung der Generalität von Katalonien eingetreten und bekleidet das Amt des Justizministers. Geschieht dies, um bürgerliche oder proletarische Rechtsprechung anzuleiten? Laut eines Artikels in La Batalla vom 17. September, der von der Notwendigkeit handelte, "eine den revolutionären Anforderungen von heute angemessene Regierung oder Rat zu formieren", hat die gegenwärtige Regierung das Ziel die Doppelherrschaft in Katalonien aufzuheben. Zum Wohle welcher Klasse?

Hat sich Luis Companys entschieden, zu regieren und stellt eine Regierung im Namen des Proletariats? Die faktische Macht der Regierung ist in den Händen der Minister von der Katalanischen Linken (Catalan Esquerra) konzentriert. Der Premierminister und die Minister für Inneres und Verteidigung in der Taradellas-Regierung sind Mitglieder der Catalan Esquerra. Ist das eine Kraft im Dienste der ArbeiterInnenklasse? Ist die Befreiung des Proletariats jetzt nicht länger mehr die Aufgabe des Proletariats selbst, sondern der "antifaschistischen" Bourgeoisie? Nin wurde Minister, aber dies geschah nicht nach einer Entscheidung eines Kongresses der Milizen, Arbeiter und Bauern, sondern vielmehr als Ergebnis eines erfolgreichen proletarischen Aufstandes. Er wurde Minister nach Verhandlungen in den Vorzimmern der bürgerlichen Generalität von Katalo-

Leider ist eine einmütig angenommene Resolution des Zentralkomitees der POUM das einzige Dokument, das über dieses wichtige Treffen veröffentlicht wurde. Angesichts des Fehlens jeglicher Vorbereitung und einer seriösen politischen Begründung, ist dies schon für sich genommen der überzeugende Ausdruck des Zentrismus, der definitiv weiter innerhalb der Führung der Partei vorherrscht. Anstatt eine Position einzunehmen, die differenziert auf die Probleme eingeht, vor denen die Revolution steht, konzentriert sich diese Resolution allein auf einen Punkt: die Rechtfertigung des Eintritts in die nächste Regierung von Katalonien. Doch warum hat es dann so lange gedauert, diese liquidatorische Haltung einzunehmen? Warum beteiligt man sich nicht an der Casanova-Regierung? Was hat sich an

der Regierung geändert? Absolut nichts, es sei denn, man möchte sich an eine Änderung der Position der Anarchisten, ebenfalls in reformistische Richtung anhängen.

Waffen zu geben, nach denen sie riefen, und der ebenso den alarmierten ArbeiterInnen wenige Stunden vor dem faschistischen Putsch vom 18. Juli die Waffen verweigerte, der damit



Franco, 1939

Die Entschuldigungen, die für diese Unterwerfung angeführt werden, beziehen sich auf verschiedene Punkte. Zuerst wird der "Volkscharakter der Organisationen des Kleinbürgertums in Katalonien" hervorgehoben. Wer macht hier Witze auf wessen Kosten? Dieser "Beweis" dient allein dazu, die Wertschätzung des französischen Verbündeten der POUM, M. Pivert, zu erlangen. Die gegenwärtigen Differenzen mit Pivert sind nicht als eine Widerspiegelung der wirklichen Differenzen zwischen den Interessen der französischen und der spanischen Volksfront. Ist denn die Partei von Luis Companys keine reaktionäre Partei? Die gleiche La Batalla, die die Regierung Caballero als eine konterrevolutionäre Regierung beschreibt - Madrid ist weit weg und die Madrider Regierungen wurden vom katalanischen Volk nie besonders geschätzt - gibt Companys den Titel "Volksvertreter", dem Mann, der im Oktober 1934 ohne einen ernsthaften Kampf kapitulierte, anstatt den ArbeiterInnen und Bauern

verantwortlich ist für den größten Teil der Toten dieser drei heldenhaften Tage von Barcelona, dem Mann, der gegenwärtig behauptet, dass es in Katalonien kein Landproblem gäbe, dem Mann, der nicht wirklich das Kleinbürgertum repräsentiert, sondern voll und ganz die große Bourgeoisie, zu deren Gunsten er überall die Revolution zurückhält, die Selbstverwaltung der Gemeinden sabotiert, die Banken schützt und den Wiederaufbau der Armee und der Polizei vorantreibt.

Folgendes ist im offiziellen Bulletin der katalanischen Generalität zu lesen:

"Casanovas, der nationale Held von Katalonien ... Es zog ein Marsch vorbei, der dauerte vier Stunden. Regiments-Bands, republikanische Truppen und Ärzte und Schwestern des Roten Kreuzes marschierten durch die Straßen mit roten Fahnen und den nationalen Farben von Katalonien. Den Milizionären wurde überall applaudiert, ebenso den Einsatztruppen und der Guardia Civil, die den alten dreieckigen Hut durch

INPREKORR 418/419 25

die rot eingefasste Mütze ersetzt hatte."

Es war ein perfektes Beispiel für einen Sieg, was hier beschrieben wird – eines Sieges der Volksfront über die proletarische Revolution. In Wirklichkeit läuft hier eine bürgerliche Demonstration, eine nationale Demonstration, an der aber all die Organisati-

das Gegenteil von dem, was damit untermauert werden soll. Ja, das Kleinbürgertum hat sich radikalisiert. Ein Beweis unter anderen dafür ist die Austrittswelle aus der Gewerkschaft der Weinbauern, Companys eigener gewerkschaftlicher Basis, durch Hunderte von katalanischen Kleinbauern, um sich den Arbeiter-



Reiner Tosstorff

Die POUM in der spanischen Revolution

180 Seiten, kartoniert, Euro 17,80

ISBN 3-89900-118-4 Neuer ISP Verlag Die revolutionäre Entwicklung nach Ausbruch des spanischen Bürgerkriegs und die Auseinandersetzungen auf der Linken darum sind vor allem durch George Orwells Buch Mein Katalonien und Ken Loachs Film Land and Freedom bekannt. Die Sowjetunion unter Stalin griff vor allem die POUM ("Arbeiterpartei der marxistischen Einigung") an. Sie war von Kräften gegründet worden, die aus der KP als "Trotzkisten" und "Abweichler" ausgeschlossen worden waren. Im Juni 1937 ließ der sowjetische Geheimdienst nach Kämpfen in Barcelona ihre Führung verhaften. Ihr Sekretär Andreu Nin wurde ermordet. Als Folge wurde der Kampf gegen Franco geschwächt. Der Band vereinigt neuere Aufsätze und Auszüge aus einer vergriffenen Darstellung des Autors und berücksichtigt neueste Erkenntnisse nach Öffnung der sowjetischen Archive.

onen der ArbeiterInnenklasse teilnehmen, als Vorspiel der Zusammenarbeit in der Regierung der Generalität.

Unser Kleinbürgertum ist nicht mit den anderen vergleichbar, sagen unsere autonomen Revolutionäre in der Führung der POUM. Die Zentristen und Reformisten aller Länder haben immer den Ausnahmecharakter der linken bürgerlichen Organisationen ihrer jeweiligen Länder betont. Ist nicht auch die Radikale Partei in Frankreich sozial, fortschrittlich und säkularistisch? Ist deren Basis nicht das Kleinbauerntum, geführt von fortschrittlichen Intellektuellen vom Land in Frankreich? Worin besteht denn wirklich der Unterschied zwischen der Zusammenarbeit mit Herriot und der mit Companys?

Die Führer der POUM führten bislang ein anderes Argument an – das der Radikalisierung des Kleinbürgertums und einiger ihrer Führer während der letzten Wochen. Dieses Argument belegt aber genau

gewerkschaften anzuschließen. Ist damit die Zeit gekommen, in eine Regierung einzutreten, die von einem reaktio-Führer nären dieser Organisation gebildet wird? Auch die linkslastige Sprache der Führer des Kleinbürgertums ist ein echtes Zeichen der Radikalisierung. Diese Sprache, teilweise aus Furcht und teilweise kalkuliert, ist von einer wesentlich revolutionäreren Art als die der StalinistInnen und ReformistInnen und der anderen "Arbeiter"-RepräsentantInnen. Aber folgt daraus, dass wir uns mit den ersteren gegen die letzteren verbünden sollten? Die Absurdidieses Arguments der POUM ist selbst entlarvend.

In der *La Batalla* wird behauptet, dass die Revolution von Tag zu Tag einen mehr proletarischen Charakter annimmt. Wenn die Revolution aber tatsächlich voranschreitet, warum akzeptiert ihr dann ein Programm, das eindeutig rückwärts gewandt ist im Vergleich mit eurem Programm

von vor sechs Wochen? Wir sprechen hier vom Programm des Wirtschaftsrates, das offensichtlich von Nin selbst ausgearbeitet wurde. In der Regierungserklärung wird verkündet, dass das ökonomische Programm der Regierung identisch mit dem des Wirtschaftsrates sei. Ein Vergleich der beiden zeigt aber sehr schnell, wie falsch diese Behauptung ist. Das Monopol auf den Außenhandel, um ausländische Manipulationen gegen die neu entstehende Wirtschaftsordnung zu verhindern, wird durch eine einfache Kontrolle des Außenhandels ersetzt, die in jedem kapitalistischen Land existiert. Die "obligatorische Kollektivierung der landwirtschaftlichen Produktion der kleinen und mittleren Bauern" wird durch den schlichten "Respekt für das kleine Eigentum" ersetzt. Die "sofortige Ersetzung aller Steuern zu Gunsten einer Einheitssteuer" wird durch das Versprechen "der sofortigen Aufhebung aller indirekten Steuern in Zeit und Ausmaß, die möglich sind" abgelöst. Es könnten noch mehr Beispiele angebracht werden.

Vor der Bildung der neuen Regierung erklärte La Batalla, bevor die POUM sich an ihr beteiligen würde, müsste deren Absicht verkündet werden, "der revolutionären Initiative der Massen, die sich in Richtung der sozialistischen Revolution bewegen, eine revolutionäre Legalität zu verleihen". Heute tritt die POUM allerdings einer Regierung bei, die beabsichtigt, den Krieg "schnell und erfolgreich" zu beenden und dafür "obligatorische Milizen" aufbauen will, und die nur noch den "ökonomischen Wiederaufbau des Landes" fordert, wobei doch der Wirtschaftsrat schon die "Kollektivierung der Wirtschaft" forderte. Wir haben seinerzeit die Beteiligung der POUM an diesem Wirtschaftsrat kritisiert und erklärten, dass seine Verfassung trotz der revolutionären Anklänge seines Programms nur dazu dienen könne, die revolutionäre Welle abzulenken und zu brechen. Der Gang der Dinge hat uns jetzt Recht gegeben. Die erste revolutionäre Welle hatte kaum begonnen sich abzuschwächen, als die Arbeiter,,führer" wichtige Punkte ihres Programms schon widerriefen. Ein Beweis, dass sie niemals hinter diesen Punkten standen.

In der Frage der Armee hat sich die POUM einmal mehr als grundsätzlich zentristisch herausgestellt. Hat die POUM nicht bei diversen Gelegenheiten das Bild einer roten Armee und von Sowjets gemalt, und hatte sie nicht politische Vorbehalte gegenüber einer Unterordnung unter die technische Autorität von Madrid? Heute erklärt La Batalla die bedingungslose Unterordnung gegenüber dem Generalstab. Ist das nicht bereits die praktische Entwaffnung des Proletariats? Insbesondere seit Befehle aus Madrid ein Ende jeglicher politischer oder gewerkschaftlicher Intervention an der Front und den Aufbau einer neuen republikanischen Armee verlangen, innerhalb derer sich die Milizen selbst auflösen müssen. Der Aufbau einer Armee von Freiwilligen erwies sich als unmöglich, weil die Arbeiter und Bauern die Einschreibung verweigerten, und es stattdessen vorzogen, sich in die Arbeitermilizen einzureihen. Die Milizionäre zerrissen und verbrannten ihre bürgerlichen Armeeuniformen und nahmen lieber ihre Lumpen als die Kostüme des kapitalistischen Zwangsdienstes. Werden wir jetzt Zeuge, wie Nin, Minister für "Volks-" und "Katalanische" Justiz, gegen diese Akte des Ungehorsams ein Dekret erlassen wird? Wir werden noch ausführlicher über die Frage der Armee sprechen, die eine der Schlüsselfragen des spanischen Bürgerkriegs ist.

Übersetzung und Bearbeitung: Thies Gleiss

26 INPREKORR 418/419

Doppelherrschaft in der Spanischen Revolution – Die Problematik der Komitees

Hans David Freund

Seit dem Beginn der Revolution hat das Proletariat sich in Ermangelung einer revolutionären Führung immer wieder auf die Bourgeoisie eingelassen. Das Zentralkomitee der Milizen als Subkomitee der Generalität (Ende Juli), der Wirtschaftsrat zur "Eindämmung", mit anderen Worten: zur Kanalisierung und zur Aufspaltung der Bewegung der Massen (Mitte August), eine Regierung der gelobten Einheit mit der CNT und der POUM (Mitte September), und Regierungen mit vollständiger Befugnis, die Revolution zu liquidieren (Mitte Dezember): Dies sind die Phasen der Konterrevolution, so wie sie sich in einigen der repräsentativen Institutionen zeigen. Es gab eine fortlaufende Entwicklung in eine Richtung, die derjenigen der entscheidenden Organisationen der Französischen Revolution. nämlich von den Generalständen hin zum Konvent¹, entgegenlief. Dieser Vergleich zeigt auch den demokratischeren Charakter der Französischen Revolution: Das spanische Proletariat. nicht wusste, wie es eine Partei zur Diktatur der eigenen Klasse aufbauen sollte, hat sich bis jetzt auch unfähig gezeigt, sich eine repräsentative Organisation auf demokratischer Basis zu verschaffen. Die Autorität der Gewerkschaften und die revolutionä-

1 Die Französische Revolution von 1789 begann damit, dass die Aristokratie (tatsächlich war es das Pariser Parlament. [Anm.d.Übersetzers]) den König zur Einberufung der Generalstände nötigte, in denen alle drei Stände Frankreichs vertreten waren (Adel, Klerus und Dritter Stand). Als die Sache in Schwung kam und ihre radikale Phase erreichte, wurde dieses Gremium durch den revolutionären Konvent ersetzt, der von den Jakobinern dominiert wurde. ren Neigungen des anarchistischen Zentrums hatten deutlich gemacht, dass dieses demokratische Fundament, das in Russland und anderswo die Sowjets bildeten, unmöglich zu erreichen und gleichzeitig überflüssig war. Der Zusammenschluss der Gewerkschaften, der zurzeit vorbereitet wird, wird möglicherweise diese Ansicht im Hinterkopf mancher Militanten noch zusätzlich verstärken. Ist die Arbeitervereinigung² in der Vorstellung vieler in der Tat mehr als die Koordination der Gewerkschaftszentren? Und bewegen sich nicht die politischen Parteien, die Sozialistische Partei und die Kommunistische Partei ebenfalls in Richtung Fusion, während die POUM selbst darum bettelt, sich mit ihnen vereinigen zu dürfen? Steht nicht das Zustandekommen der Allianz der Jugend³ kurz bevor?

In Wirklichkeit – und es gibt immer mehr Genossen, die diese Wirklichkeit sehen – findet die Intensivierung dieser Diskussionen über einen Zusammenschluss ihre Entsprechung im Ausmaß, in dem sich das Proletariat von der Macht zurückzieht, und

- 2 Die "Alianza Obrera" war das Hauptschlagwort der Trotzkisten und des Blocks gewesen seit dem Aufstand in Asturien im Oktober 1934.
- Die Sozialistische Partei, die KP weitere Gruppierungen und schlossen sich 1936 in Katalonien zur stalinistischen PSUC zusammen. Im restlichen Spanien wurden Einheitsparteien durch die Opposition des linken Flügels der Sozialisten unter Führung von Largo Caballero verhindert. Aber die Anführer der Jungsozialisten wandten sich von diesem ab und gründeten eine gemeinsame Organisation mit den Jungen der Kommunistischen Partei, die in der Folge zu einem Anhängsel des Stalinismus wurde.

das Bürgertum bereitet sich auf einen neuerlichen Triumph vor, der noch vor wenigen Monaten undenkbar gewesen wäre. Unter dem Banner der "antifaschistischen Einheit" hat die CNT-Taradellas-Nin-Regierung die lokalen Komitees der Milizen aufgelöst und die Militärgesetzgebung der Monarchie wieder eingeführt.

Im Namen der Einheit der Gewerkschaften ist die besondere Tendenz der Gewerkschaftsbürokratie in Richtung einer Korporation verstärkt worden; das Bestreben des Proletariats und der kleinbäuerlichen Bevölkerung nach wirtschaftlicher und politischer Emanzipation ist im Gegenzug gestoppt worden und droht sogar ins Gegenteil verkehrt zu werden.

Im Namen der Einheit legt das Komitee für die Koordination der Vereinigten Jugend (Stalinisten) und der Libertären Jugend revolutionären Bestrebungen Fesseln an, besonders bei den letzteren, ganz zu schweigen vom Slogan der Nationalen Allianz der Spanischen Jugend, von dem wir in einem anderen Zusammenhang sprechen werden. In der gleichen Weise - soweit es nicht bloß auf dem Papier so ist - bedeutet in der aktuellen politischen Situation ein einziger Befehl in der Armee die Unterordnung des Proletariats unter das liberale Bürgertum, die Stagnation der militärischen Operationen und die Vorbereitung eines schändlichen Waffenstillstandes. Die "Antifaschistische Einheit" entpuppt sich als eine antikommunistische und antirevolutionäre Einheit. Die Frage nach der "Einheit des Proletariats" bleibt unbeantwortet und stellt sich heftiger und dringender denn je.

DIE ARBEITERBÜNDE

Im Oktober 1934 repräsentierten die Arbeitervereinigungen bis zu einem gewissen Ausmaß die demokratische und reale Union der proletarischen Kräfte. Sie verdankten ihre Existenz in erster Linie der Agitation der Bolschewisten-Leninisten; dazu kam in Katalonien Maurins Arbeiter- und Bauernblock. Die katalanischen Anarchisten hingegen wollten nicht mitmachen und die Sozialisten verweigerten den Arbeiterbünden die Anerkennung als Organisationen proletarischer Macht. Das Sektierertum der Vereinigungen machte sie häufiger zu Organisationen lokaler Verbundenheit als zu Sowjets.

Die doppelte Schwäche der Arbeiterbünde war das Fehlen einer zentralen nationalen Führung und ihr gleichzeitiges Versagen, an der Basis als Vertreterinnen der Einheitsfront aufzutreten. Die Theorie, nach der die Einheitsfront in Spanien weder oben noch unten verwirklicht werden müsse, sondern "lokal", ist offensichtlich absurd. Aufgrund des Aufstiegs der Bürokratie an vielen Orten gab es die Arbeitervereinigungen nur dem Namen nach und rein fiktiv. An anderen Orten wurden sie von den Sozialisten beherrscht, die sich weigerten, ihnen ihre Waffen zur Verfügung zu stellen. Bekanntlich nannten die Stalinisten die Arbeitervereinigungen (die trotz ihrer Unwirksamkeit die wichtigsten Kampforgane bildeten, die das spanische Proletariat bis zu diesem Zeitpunkt zu schaffen vermocht hatte) "heilige Allianzen der Gegenrevolution", freilich nur um ihnen einige Tage vor dem Aufstand im Oktober 1934 beizutreten. Die

INPREKORR 418/419 27



Antifaschistische Verteidigung der spanischen Republik in Barcelona

Geschichte dieser Vorgänge legte die Stärken und Schwächen der Arbeiterunionen offen

Im Mai 1936, auf dem Kongress von Zaragoza, stimmte die CNT für eine Resolution, die die Arbeitervereinigungen empfahl, doch ging es dabei nur um die bürokratisch-deformierte Variante des Projekts der linken Minorität, die ein einheitliches Vorgehen an der Basis oder zumindest in der "Mitte" verlangt hatte, aber mangels einer klaren Ideologie dem Kongress nachgegeben hatte. Der Eintritt der CNT in die konterrevolutionäre Madrider Regierung wurde durch diese Entwicklung in Arbeitervereinigungen möglich gemacht, und die bürokratische Zusammenführung der beiden Gewerkschaftszentren wird unter denselben Vorzeichen stattfinden.

DIE JULI-REVOLUTION

Die Juli-Revolution, eine verspätet vorbereitete Antwort auf den faschistischen Coup, ließ Komitees jeglicher Art

aus dem Boden schießen. Lokale Komitees ersetzten die bürgerlichen Stadtverwaltungen. Um die exekutiven und judikativen Funktionen usw. des Staates sicherzustellen, demokratisierte und dezentralisierte die Revolution überdies ihre Funktionen bis an die Grenze des Machbaren und entschärfte die repressiven staatlichen Einrichtungen.

Das Zentralkomitee der Milizen in Barcelona war einerseits Ausdruck des Erfolgs des antifaschistischen Aufstands und andererseits des fortdauernden Vorhandenseins der Strukturen des bürgerlichen Staates. Es gab "keine bürgerliche Legalität", aber sie wurde auch nicht schlicht und einfach abgeschafft. Das Regime der Doppelherrschaft - des Proletariats und der Bourgeoisie -, das in den Tagen des Juli errichtet wurde, spiegelte sich im Laufe der ersten wenigen Wochen in der Zusammenarbeit von Kleinbürgertum und Proletariat wider.

Doch die Beschaffenheit dieser Zusammenarbeit war umgekehrt proportional zum

Ausmaß, in dem der in seinen Grundfesten erschütterte bürgerliche Staat sich erholte; es war nicht länger das Bürgertum, das "kollaborierte", sondern das Proletariat. Einige Tage nach der Bildung der September-Regierung sich das Zentralkomitee der Milizen auf. Von da an zeigte sich das System der "widersprüchlichen Kräfte" in der Koexistenz der bürgerlichen Regierung und der zahlreichen Komitees, die daraufhin in eine Phase mehr oder weniger heftigen Ringens gerieten, in der die führenden Köpfe der Parteien (einschliesslich der POUM) und der Gewerkschaften (inklusive der CNT-FAI) effektiv auf der Seite der reaktionären Bourgeoisie standen.

Nach der Auflösung der lokalen Miliz-Komitees blieben folgende Komitees übrig:

- 1. Komitees in den Polizeikasernen usw. Diese Komitees stellten eine sehr relative, ungenügende Garantie dar gegen den Einsatz von bewaffneten Kräften des bürgerlichen Staates gegen die Arbeiterklasse.
- 2. Komitees in den "kollektivierten" Industrien. Diese Komitees litten unter Unterbestand und bürokratischer Vetternwirtschaft wie auch unter der Unfähigkeit der ArbeiterInnen, die Wirtschaft ohne zwischenzeitliche Ausbildung in Griff zu behalten (Kontrollfunktionen). Da keine weitere revolutionäre Welle in Gang kam, führte ihre Inaktivität und ihre Inkompetenz dazu, dass sie von reaktionären Strömungen beiseite gefegt wurden.
- 3. Komitees für die Arbeiterkontrolle. Diese Komitees gibt es in den wichtigsten Firmen, die im Allgemeinen nicht kollektiviert worden sind. Eine gewerkschaftliche Kontrolle der Banken ist praktisch inexistent. Dasselbe gilt für den Kleinhandel.
- Hauskomitees in Madrid. Diese Komitees litten unter denselben erwähnten bürokratischen Tendenzen, führ-

- ten die Aufgaben wie Repression, Wachsamkeit, medizinische Hilfe usw. fort. Sie waren zentralisiert durch ein System, das auf der Delegierung nach Distrikten beruhte
- Lokale Komitees, die hauptsächlich in Aragón, der Levante⁴ usw. weiter bestanden.
- 6. Milizkomitees, die an verschiedenen Fronten eingesetzt wurden (Sierra, Aragón usw.)
- 7. Kleinbauernkomitees, die an manchen Orten zur Kollektivierung der Produktion, des Handels und der Versorgung zum Einsatz kamen. Sie standen im Konflikt mit dem Staat und der Gewerkschaftsbürokratie.

Die hauptsächliche Schwäche all dieser Komitees lag darin, dass ihnen eine revolutionäre Partei fehlte, die ihren besten Elementen eine solide ideologische Grundlage hätte geben können. In Katalonien und in der Levante wurde der größere Teil von ihnen vom Anarchismus beherrscht. Daher waren diese Komitees, weil sie die theoretischen Fragen betreffend der Staatsbildung nicht verstanden, dazu verurteilt, von diesem zerstört zu werden. Die Anarchisten, die einer Kollaboration innerhalb des bürgerlichen Staates zustimmten, weigerten sich stets, die Komitees regional zu koordinieren; sie wurden autoritär, ohne demokratisch zu werden.

Heute wollen sie der Arbeiterschaft weismachen, dass die Phase des Klassenkampfes dessen Existenz sie zuvor niemals zugegeben hatten - mit der Ausschaltung des Bosses zu Ende sei, wenn sie sehen, dass er nun Verantwortung in den Komitees oder in der Fabrik zum gleichen Gehalt übernommen hat, wie es die Arbeitenden erhalten. So ist heute die Hauptaufgabe der Arbeiterklasse, mehr denn je, nicht wirtschaftlicher, sondern politischer Natur. Oder vielmehr: Ökonomische Probleme kön-

28 INPREKORR 418/419

⁴ Die Levante ist die Gegend an der Ostküste Spaniens um Valencia.



nen mehr denn je nur im politischen Kampf gelöst werden.

Die POUM selbst hat nie verstanden, dass die Komitees

- ihre Aufrechterhaltung um jeden Preis und ihre Umwandlung in wirklich demokratische Organisationen eines fortschrittlichen politischen Kampfes - das zentrale Problem der Revolution darstellen. Sie hat zudem ihre Unterschrift unter den Erlass gesetzt, das die Auflösung der lokalen Milizkomitees bestimmte. Sie hat der reaktionären Regierung der Generalität ihre Kollaboration angeboten, während sie gleichzeitig in diffuser Weise und mit vielen Vorbehalten die Einberufung einer Versammlung der Komitees verlangte. Um eine solche Versammlung zustande zu bringen, ist zuallererst eine Reform der Komitees vonnöten, die Schaffung von wirkungsvolleren Gremien überall dort, wo die Volksmassen um bessere Lebensbedingungen kämpfen. Aber die POUM ist nicht in der Lage, die Entwicklung in einer systematischen und beständigen Art und Weise in diese Richtung voranzutreiben⁵. Das geringste Anzeichen von reaktionärem

Widerstand lässt sie einen Rückzieher machen. Die winzigste Möglichkeit einer Kollaboration lässt sie ihr Minimalarsenal von leninistischen Schlagworten aufgeben. "Lang lebe der starke Staat! Nieder mit den Komitees!", schreit die Reaktion. "Nieder mit dem Staat, lang leben die Komitees, frisch belebt, politisiert, demokratisiert, gestärkt für und ausgedehnt auf alle Funktionen des öffentlichen Lebens als Instrumente zur Machtübernahme durch das Proletariat!" - das ist das Motto von echten Revolutionären.

Januar 1937

Übersetzung: Hans Peter Frey

5 Zudem hat die POUM das Motto einer Versammlung der Komitees herausgegeben, die der verfassunggebenden Versammlung angegliedert ist. Das Entwerfen einer Verfassung ist jedoch nur eine zweitrangige unter all den Aufgaben, die die zukünftige zentrale Vertretung des Proletariats zu erfüllen hat.

Hans David Freund (1912–1937) Biographische Notiz

Hans David Freund stammte aus einer jüdischen Familie, die zuerst in dem schlesischen lers "Machtergreifung" im Januar 1933 veranlasst er seine Familie, nach Palästina auszuwandern, während er selbst in Oxford Soziologie studierte und an einer Dissertation arbeitete. Wann genau er sich den "Trotzkisten" anschloss, ist nicht bekannt, möglicherweise bereits in Berlin. In der internationalen trotzkistischen Bewegung war Hans David Freund zuerst unter

6 Bei David Vogelsanger, dessen Dissertation eine der wichtigsten Quelle für Informationen zum Lebenslauf von H. D. Freund ist, heißt es offenbar irrtümlich "Benzlau" (*Trotzkismus in der Schweiz*. Ein Beitrag zur Geschichte der Schweizer Arbeiterbewegung bis zum Zweiten Weltkrieg, Zürich: Zentralstelle der Studentenschaft, 1986, S. 335). Städtchen Bunzlau (seit 1945 polnisch: Boleslawiec)⁶, später in Berlin lebte. Anfang der dem Pseudonym Winter, dann unter dem Namen Moulin bekannt.. 1934 kam er zum Weiterstudium nach Genf, wo er der Sozialistischen Partei beitrat, die dort unter der Führung von Léon Nicole einen ausgeprägten Linkskurs steuerte. Er baute eine trotzkistische Gruppe in der "Jeunesse socialiste" (JS), dem Jugendverband, auf, die sich auf Bildungsarbeit, Propaganda und Vertrieb der Veröffentlichungen der französischen "Bolschewiki-Leninisten" konzentrierte, die damals ebenfalls in der sozialistischen Partei arbeiteten (Taktik des "Entrismus"). Durch seine umfassende marxistische Bildung - für die JS verfasste er eine (offenbar nicht erhaltene) materialistische Gedreißiger Jahre kam er mit der kommunistischen Jugendbewegung in Kontakt, er nahm schichte Genfs in der Reformationszeit – gewann Hans Freund einigen Einfluss; außer ihm waren der Schweizer kaufmännische Lehrling Gaston Gremaud, der Pole Edmund Silberner (formell Mitglied der Landesleitung der MAS⁷) und der Armenier Bogos-Noubar Sdakian die führenden Köpfe der Gruppe. Paul Thalmann gab folgendes

Marxistische Aktion der Schweiz – im September 1933 gegründete linksoppositionell-kommunistische Organisation, die fast ausschließlich in der Deutschschweiz aktiv war, war auf der "Genfer Konferenz" der Bewegung für die Vierte Internationale Ende Juli 1936 vertreten, auf der Gründungskonferenz vom September 1938 nicht, zerfiel 1938/39.

an einer Reise in die UdSSR teil und kam als überzeugter Antistalinist zurück. Nach Hit-Porträt: "Er gehörte in Genf zur trotzkistischen Gruppe, war vierundzwanzig Jahre alt, groß und hager, mit stark gelichtetem Haar, ein fanatischer Anhänger der 4. Internationale und, wie er selbst nie zu betonen vergaß, ein eiserner Bolschewik."

Im Mai 1936 reiste "Moulin", der aus den JS ausgeschlossen worden war, zum Internationalen Sekretariat nach Paris, Ende Juli/Anfang August nahm er vermutlich an der internationalen Konferenz der Bewegung für die Vierte

INPREKORR 418/419 29

⁸ Paul Thalmann, Wo die Freiheit stirbt. Stationen eines politischen Kampfes, Olten u. Freiburg i. Br.: Walter-Verlag, 1974, S. 172. Er schreibt irrtümlich "Der Pole Moulin".

Internationale in der Salle Pleyel in Paris (der "Genfer Konferenz") teil. Im September begab er sich im Auftrag der Internationale nach Spanien. Zunächst war er in Madrid.⁹ An der Front am Guadarrama soll der Stalinist Galán gedroht haben, ihn wegen "trotzkistischer Propaganda" unter den Milizionären erschießen zu lassen. Im Januar 1937 nahm er an dem zweiten Kongress der "Parti ouvrier internationaliste" (POI) in Paris teil, er sprach über die spanische Revolution. In den folgenden Monaten war er in Barcelona; zunächst bemühte er sich, eine Einigung der beiden kleinen rivalisierenden "bolschewistisch-leninistischen" Gruppen herbeizuführen, der vom Internationalen Sekretariat anerkannten Gruppe unter Führung von "Munis" (Manuel Fernández Grandizo), die das Organ La Voz Leninista herausgab, und der von dem Italiener "Fosco" (Nicola Di Bartolomeo) geführten Gruppe mit dem Organ El Soviet. Paul Thalmann berichtet, Moulin habe die Zusammenarbeit mit diesen Gruppen "nach Wochen fruchtloser und steriler Diskussionen" aufgegeben und "seine ganze Aktivität auf jene anarchistischen Kreise (konzentriert), die im Kampf mit der offiziellen Füh-



"Moulin" Hans David Freund konnte sich im revolutionären Barcelona verstecken, bis ihn GPU-Agenten verhafteten.

rung standen. Es war ihm gelungen, zu den ,Amigos de Durutti' enge Verbindungen zu knüpfen. Diese kleine, aber aktive Gruppe lehnte sich offen gegen die anarchistische Führung auf. Zielscheibe ihrer Kritik war die Regierungsbeteiligung und das ständige Zurückweichen vor den stalinistischen Provokationen, nämlich der Entmachtung der Komitees und der Preisgabe der Errungenrevolutionären schaften. Moulin wollte der Auffassung, man sollte einfach zur traditionellen anarchistischen Politik zurückkehren, einen positiven, konkreten Inhalt verleihen. In nächtelangen Diskussionen konnte er das angeborene Misstrauen der Anarchisten gegen die Marxisten lockern und sie zu

einer gewissen Zusammenarbeit bringen."¹⁰

Nach der Niederlage der revolutionären Sektoren und der Verfolgung der POUM, die im Juni 1937 illegalisiert wurde, und der antistalinistischen Kräfte konnte Moulin sich fast ein viertel Jahr lang verstecken, wahrscheinlich mit Hilfe von Anarchisten in einem Vorort von Barcelona, dort soll er am 2. August von Männern in Polizeiuniformen verhaftet worden sein. Später erfuhr man, dass der GPU-Agent George Mink seit Monaten mit seiner Überwachung beauftragt war; er soll geprahlt haben, er werde Moulin "bald drankriegen". Seinen Familienangehörigen ging ein Zeug-

10 Wo die Freiheit stirbt, a.a.O., S. 189.

nis zu, wonach er wahrscheinlich in einem "Privatgefängnis" des sowjetischen NKWD ermordet wurde. Zweifellos ist "Moulin" ein Opfer des stalinistischen Terrors geworden; völlig aufgeklärt worden ist sein Schicksal aber nie.¹¹

Friedrich Dorn

11 Die Untersuchungen von Patrik von zur Mühlen (Spanien war ihre Hoffnung. Die deutsche Linke im Spanischen Bürgerkrieg 1936 bis 1939, Berlin u. Bonn: Verlag J. H. W. Dietz Nachf., 1983 bzw. 1985), bei dem "der aus Polen stammende Hans Freund-Moulin" vorkommt (Taschenbuchausgabe 1985, S. 180), und Pierre Broués neueres Buch über den "Fall Spanien" (Staline et la révolution. Le cas espagnol [1936-1939], Paris: Fayard, 1993) enthalten zu dieser Frage keine neuen Erkenntnisse.

30 INPREKORR 418/419

Es erscheint unwahrscheinlich dass er wirklich einige Wochen lang zusammen mit Paul und Clara Thalmann an dem deutschsprachigen Programm des Radiosenders der POUM in Madrid mitgearbeitet haben soll, wie die Herausgeber von Revolutionary History (Bd. 4, Nr. 1/2, Winter 1991/92, S. 317) schreiben; in Paul Thalmanns Erinnerungen kommt "Moulin" an einigen Stellen vor, jedoch nicht in dem Abschnitt "Radio POUM" (Wo die Freiheit stirbt, a.a.O., S. 155-157), in denen er über den Beginn von Sendungen in deutscher und französischer Sprache berichtet. Eine Mitarbeit an diesem Sender erwähnt auch Pierre Broué (Léon Trotsky, La révolution espagnole, 1930-1940, Paris: Les Éditions de Minuit, 1975, S. 763; Cahiers Léon Trotsky, Nr. 3, Juli-September 1979, S. 135).

grundkampf nötig war. Wir waren natürlich nicht die einzigen, aber die Polizei hat uns nie gefunden! Wir haben aber nie Falschgeld gemacht", erzählte er. "Er konnte stundenlang die tausendundeinen Tricks erklären, die nötig waren, um falsche Papiere herzustellen!"

1960 ließ Hôi seine Ehefrau und ihre Tochter nach Vietnam zurückkehren. löste seine Druckerei auf und bereitete sich darauf vor, zu den Seinen zu fahren. Aber die südvietnamesische Regierung verweigerte ihm ein Visum und hinderte seine Familie an der Rückkehr nach Frankreich. Hôi nahm danach Abendkurse und ergatterte eine Stelle bei IBM. Das hinderte ihn nicht daran, sich aktiv an dem Kampf gegen den Vietnamkrieg zu beteiligen. Als einer der ersten verurteilte er den Einsatz von Agent Orange, und beteiligte sich an der Gründung der "Enfants de la dioxine" (Kinder des Dioxins). Als Patrick Barbéris' Film "Chronique du coq et du dragon" (Chronik des Hahns und des Drachen) herauskam, der von dem Schicksal von Hôi und seinem Freund Truong Công Tin erzählt, haben seine US-amerikanischen KollegInnen verstanden, dass er gegen "ihren Krieg" gekämpft hatte, und sie warfen ihm vor, er habe sie verraten. Er entgegnete mit dem Humor, für den er Experte war, er habe nur seine Pflicht getan: sein Land zu verteidigen.

Er schuf *Vietnam Mémoires*, damit nicht verloren ging, was die Viêt Kieu (Überseevietnamesen und –vietnamesinnen) in Frankreich gemacht haben, und half dem Team, das 2003 die Zeitschrift *Les Carnets du Viêt Nam* gründete. An *Inprecor* arbeitete er unter dem Pseudonym "Tuan" mit.

Ich schreibe voller Emotionen über ihn, denn ich war stark an dem Kampf gegen den Vietnamkrieg beteiligt und habe mehrere Jahre lang der Zelle der vietnamesischen trotzkistischen Gruppe angehört, in der ich der einzige Franzose und der Jüngste war. Ich werde die Freundlichkeit, die Genauigkeit, den Humor von Hôi und die Art und Weise, in der er führte, was ihm als der Kampf seines Lebens galt, nie vergessen.

Adieu Hôi, Du fehlst uns!

Übersetzung: Friedrich Dorn

 Dominique Foulon, http://www.carnetsduvietnam.com.

Hans Freund (1912–1937), ein Meteor im Zeitalter der Extreme

Jean Batou

Hans Freund wurde vor 100 Jahren am 12. März 1912 in Bunzlau in Niederschlesien (heute Bolesławiec in Polen) als Kind einer jüdischen Familie geboren. Nach dem Abschluss seiner Gymnasialzeit studierte er Jura an den Universitäten Freiburg, Heidelberg, Paris und Berlin. Nachdem Hitler an die Macht gekommen war, ging er in die Schweiz ins Exil, erst nach Bern, dann, ab Oktober 1933, nach Genf. Von da an beschleunigt sich sein Schicksal ...

IM LAND VON LÉON NICOLE

Er gehörte der Linken Opposition der KPD an und nahm zu den Mitgliedern der Linken Opposition der Schweiz Kontakt auf, die kurz vorher die "Marxistische Aktion" der Schweiz gegründete hatte. In Genf war sie in der "Jeunesse socialiste" (JS), dem sozialistischen Jugendverband, aktiv. Wir kennen drei weitere Mitglieder dieser Gruppe: Edmund Silberner, der Volkswirtschaft studierte und zu einem Spezialisten für die sozialistischen Auffassungen zur Judenfrage wurde, Ardachès Stakian, ein junger armenischer Flüchtling, Anhänger der Esperantobewegung und Angestellter der Drogerie Leclerc & Gorin, sowie Gaston Gremaud, ein Kaufmannslehrling.

1933 hatten die Trotzkisten einen langen verlorenen Kampf für die Einheit der Arbeiterorganisationen gegen die Bourgeoisie und die Nazigefahr hinter sich. Nach der deutschen Katastrophe vom Januar 1933, auf die die Niederlage vom Februar 1934 in Österreich folgte, wollte die Kommunistische Internationale jegliche Kritik an ihrem selbstmörderischen Kurs – dem Anprangern der Sozialisten als Sozialfaschisten zum Schweigen bringen, insbesondere in der Schweiz,

dem letzten deutschsprachigen Land, in dem die Kommunisten (noch) nicht verboten waren.

Freund kam weniger als ein Jahr nach der Schießerei vom 9. November 1932 nach Genf.¹ Die ganz kleine Genfer Kommunistische Partei (PCG) prangerte die Genfer Sozialistische Partei (PSG) unter Führung von Léon Nicole weiterhin als Hauptverbündete der Faschisten an (obwohl die PSG auf dem linken Flügel der Schweizer Sozialistischen Partei stand). Eine Absurdität ohne große Folgen, da die PCG nur etwa 60 Mitglieder hatte, also zwanzig bis dreißig Mal weniger als die PSG, und da die kämpferische Gewerkschaftslinke zu einem großen Teil von den Anarchisten des Holz- und Bauarbeiterverbands (Fédération des ouvriers du bois et du bâtiment, FOBB) geleitet wurde.

AUSGEGRENZT DURCH DIE GENFER "VOLKSFRONT"

Zwei Jahre lang, von Herbst 1933 bis Herbst 1935, fanden die Trotzkisten um Freund herum im sozialistischen Jugendverband ein gewisses Gehör. Aber die Spitze der Komintern bereitete eine 180-Grad-Wende vor, für die Frankreich das Laboratorium war. Im Juli 1934 unterzeichneten die Kommunistische Partei Frankreichs und die sozialdemokratische SFIO einen Aktionseinheitspakt. Im September wurde die UdSSR in den Völkerbund aufgenommen. Und Ende 1934 gab Stalin grünes Licht für die Linie der Volksfronten: Es sollte nun darum gehen, über die Einheit der Arbeiterparteien hinaus ein Bündnis mit gemäßigten bürgerlichen Parteien einzugehen. Diese Umorientierung wurde im Sommer 1935 vom 7. Kongress der Komintern abgesegnet.

50 INPREKORR 3/2012

In der Schweiz, wo die kommunistische Partei aufgrund ihrer sektiererischen Politik in den Jahren 1928 bis 1934 viele Mitglieder verloren hatte, streckte sie jetzt die Hände zur Sozialistischen Partei der Schweiz aus, während diese sich anschickte, die "Schweizer Demokratie" und die nationale Verteidigung zu beweihräuchern und Verbündete auf der Rechten, unter den Angestellten- und Bauernverbänden, zu suchen. Daher war sie nicht dazu bereit, sich auf die Avancen der Kommunisten einzulassen. Anders war es in Genf, wo die PSG unter Leitung von Léon Nicole, die seit November 1933 in der Kantonalregierung über die Mehrheit verfügte, ihrer Basis in der Bevölkerung zunehmend Opfer abverlangen musste und von einer entfesselten Rechten Schlag um Schlag verpasst bekam. Sie gedachte also, auf keinerlei Unterstützung zu verzichten.

Seit Frühjahr 1935 führten PSG und PCG eine gemeinsame Kampagne gegen die Initiative der frontistischen (faschistoiden) Milieus für eine Totalrevision der Bundesverfassung. In Genf wurde diese Initiative der extremen Rechten im Gegensatz zur übrigen Schweiz von quasi der gesamten Rechten einschließlich der Führung der Parti radical [in der Deutschschweiz: Freisinnige] unterstützt. Sie erlitt im September eine Niederlage, aber ein deutlich besseres Ergebnis als in den übrigen Kantonen.

Diese Erfahrung war die Ausgangsbasis für die Bildung der Genfer "Volksfront", selbst wenn sich ihr keine bürgerliche Kraft anschloss. Der sozialistische und der kommunistische Jugendverband vereinigten sich, im November 1935 schlossen sie die Trotzkisten aus: Weil sie jedes Bündnis mit dem gemäßigten Bürgertum ablehnten, seien sie objektiv Verbündete des Faschismus. [Die Schriftstellerin] Julia Chamorel hat in ihrem Buch *La cellule des écoliers* (1983) einen Bericht über diesen üblen Vorgang hinterlassen.

MIT DEN AUFSTÄNDISCHEN ARBEITERN IN BARCELONA

Im Frühjahr 1935 schloss Freund sein Lizenziat in Wirtschaftsgeschichte ab und begann in England mit Forschungen zur Vorbereitung seiner Doktoratarbeit. Offenbar war er nicht anwesend, als seine GenossInnen aus der Front von sozialistischem und kommunistischem Jugendverband ausgeschlossen wurden. Im Frühjahr 1936 veröffentlichte er in *Le Réveil anarchiste* eine vierteilige Artikelfolge über die Genfer Revolution des 18. Jahrhunderts. Im Juli nahm er in Paris an der ersten Konferenz zur Bildung der IV. Internationale teil. Dort entschloss er sich, nach Spanien zu reisen, wo soeben die Revolution ausgebrochen war, er wollte am Aufbau der trotzkistischen Bewegung teilnehmen.

Im August war er in Madrid, wo er an deutschsprachigen Radiosendungen der POUM mitarbeitete und von wo er Briefe mit Informationen und Analysen an die künftige IV. Internationale schickte; dann war er an der Front am Guadarrama, dort entkam er ein erstes Mal der stalinistischen Repression: ab Ende 1936 arbeitete er schließlich unter dem Namen Moulin in Barcelona. Dort wirkte er auf die Fusion der Gruppen Voz leninista und El Soviet hin. Er stand der POUM kritisch gegenüber und der anarchistischen Linken nahe; er war der Hauptverantwortliche der trotzkistischen Bewegung, der an der von den "Amigos de Durruti" getragenen Arbeitererhebung vom Mai 1937 in der katalanischen Hauptstadt teilnahm.

In ihren Erinnerungen haben die Baseler Kommunisten Paul und Clara Thalmann ihn als einen 24-jährigen jungen Mann beschrieben, "groß und hager, mit stark gelichtetem Haar" und "ein[en] eiserner[nen] Bolschewik[en]". Katia Landau nennt

ihn einen "reinen und ergebenen" politischen Aktivisten. Georges Orwell hat das Flugblatt der trotzkistischen Gruppe, das am 4. Mai auf den Barrikaden verteilt wurde und von Freund geschrieben worden war, [durch die Erwähnung in seinem Buch Homage to Catalonia, dt. Mein Katalonien] unsterblich gemacht. Nach den Aufstandstagen vom 3. bis 6. Mai 1937 wurde Hans Freund höchstwahrscheinlich Anfang August von Männern in Polizeiuniformen verhaftet. Er tauchte nicht wieder auf. Wie Andreu Nin und eine ganze Reihe von anderen wurde er Opfer der Mörder aus Mos-

Epilog: 55 Jahre nach der Ermordung von Hans Freund hat Julia Chamorel, die sich 1935 widerwillig an dem Ausschluss der Genossinnen und Genossen von Freund aus der Front der kommunistischen und sozialistischen Jugendverbände beteiligt hatte, 1992 zusammen mit Gaston Gremaud unseren Aufruf zur Gründung der Bewegung solidaritéS in Genf unterzeichnet.

Übersetzung aus dem Französischen: Friedrich Dorn

1 "Eine antifaschistische Demonstration der Arbeiterorganisationen gegen die "Union nationale" Georges Oltramares führte zur Konfrontation mit einem aus Lausanne herbeigerufenen Rekrutenbataillon. Die Folgen des Armeeeinsatzes waren 13 Tote und zahlreiche zum Teil schwer Verletzte." (David Vogelsanger, Trotzkismus in der Schweiz. Ein Beitrage zur Geschichte der Schweizer Arbeiterbewegung bis zum Zweiten Weltkrieg, Dissertation, Zürich: Zentralstelle der Studentenschaft, 1986, S. 134).



Kapitalistische Klimaveränderung und unsere Aufgaben Resolution des 16. Weltkongresses der Vierten Internationale, Februar 2010

Im Anhang: Beschluss desWeltkongresses zur Klimawandel-Konferenz in Cochabamba und Hinweise zum Weiterle-

24 Seiten, Preis: 1 € (im Direktverkauf)

Bestellungen der Broschüre nur gegen Vorkasse: bitte Brief schicken und Briefmarken im Wert von 1,50 € beilegen.

Herausgegeben von:

internationale sozialistische linke (isl), Regentenstr. 57–59, 51063 Köln

isl@islinke.de, http://www.islinke.de

Revolutionär Sozialistischer Bund/IV. Internationale (RSB), Postfach 102610, 68026 Mannheim, Telefon und Fax 0621 /

buero@rsb4.de, http://www.rsb4.de/

INPREKORR 3/2012 51